

Noch nicht genehmigt

Protokoll 01

Stadtratssitzung
Donnerstag, 12.01.2023, 17.00 Uhr
Rathaus, Grossratssaal

Inhaltsverzeichnis

Anwesenheit in der Sitzung von 17.00 bis 19.00 Uhr.....	3
Mitteilungen.....	4
2022.SR.000045.....	5
1 Protokollgenehmigungen Stadtrat 2022 (Protokoll 19 vom 27.10.2022)	
2022.SR.000045.....	6
2 Protokollgenehmigungen Stadtrat 2022 (Protokoll 20 vom 28.10.2022)	
2022.SR.000045.....	6
3 Protokollgenehmigungen Stadtrat 2022 (Protokoll 21 vom 10.11.2022)	
2022.SR.000045.....	6
4 Protokollgenehmigungen Stadtrat 2022 (Protokoll 22 vom 24.11.2022)	
2020.SR.000385.....	6
5 Büro Stadtrat: Wahlen für das Jahr 2023	
2022.SR.000192.....	8
6 Geschäftsprüfungskommission (GPK): Ersatzwahl, Wahl des Präsidiums und des Vizepräsidiums für das Jahr 2023	
2022.SR.000193.....	8
7 Kommission für Ressourcen, Wirtschaft, Sicherheit und Umwelt (RWSU): Ersatzwahlen und Wahl der stellvertretenden Mitglieder	
2020.SR.000387.....	9
8 Kommission für Planung, Verkehr und Stadtgrün (PVS): Ersatzwahl, Wahl des Präsidiums und Vizepräsidiums für das Jahr 2023 und Wahl der stellvertretenden Mitglieder	
2020.SR.000388.....	10
9 Kommission für Soziales, Bildung und Kultur (SBK): Ersatzwahlen, Wahl des Präsidiums und Vizepräsidiums für das Jahr 2023 und Wahl der stellvertretenden Mitglieder	
2022.SR.000195.....	10
10 Spezialkommission Kooperation Bern (SPEZKO.KOBE): Wahl der stellvertretenden Mitglieder	
2020.SR.000159.....	11
11 Geschäftsreglement des Stadtrats (GRSR); Teilrevision; Änderungsantrag nach Art. 82 GR SR von Michael Burkard (GFL), Tabea Rai (AL), Zora Schneider (PdA) Luzius Theiler (GaP), Alexander Feuz (SVP): «Für eine Regelung der ausserordentlichen Lage im Geschäftsreglement des Stadtrats»; 2. Lesung	

2022.BSS.000055.....	13
12 Projekt «KIT23»: Investitionskredit Programm «Weiterentwicklung der Schulinformatik-Plattform»; Projektierungskredit	
2022.SR.000169	23
13 Dringliche Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz/Kurt Rügsegger, SVP): Stadt Bern und EWB: Günstige Strom- und Gaspreise für alle, die das wollen! Es braucht dafür eine sofortige Reglementsänderung!	
2022.SR.000170	24
14 Dringliches Postulat Fraktion GFL/EVP (Francesca Chukwunyere, GFL/Marcel Wüthrich, GFL/Therese Streit, EVP): Soziale Abfederung der hohen Gaspreise für besonders betroffene Haushalte Verschobene Traktanden	
Eingänge	32
Schluss der Sitzung: 19.00 Uhr	32

Anwesenheit in der Sitzung von 17.00 bis 19.00 Uhr

Stadtrat anwesend

Manuel C. Widmer, Präsident 2022

Michael Hoekstra, Präsident

Yasmin Amana Abdullahi	Katharina Gallizzi	Barbara Nyffeler
Valentina Achermann	Lionel Gaudy	Halua Pinto de Magalhães
Janina Aeberhard	Franziska Geiser	Simone Richner
Timur Akçasayar	Thomas Glauser	Claudio Righetti
Lena Allenspach	Claude Grosjean	Mirjam Roder
Ruth Altmann	Lukas Gutzwiller	Sarah Rubin
Ursina Anderegg	Bernadette Häfliger	Michael Ruefer
Mirjam Arn	Erich Hess	Kurt Rüeegsegger
Tom Berger	Thomas Hofstetter	Vanessa Salamanca
Nicole Bieri	Seraphine Iseli	Mahir Sancar
Diego Bigger	Bettina Jans-Troxler	Judith Schenk
Lea Bill	Anna Jegher	Florence Schmid
Laura Binz	Nora Joos	Sara Schmid
Gabriela Blatter	Barbara Keller	Nicole Silvestri
David Böhner	Ingrid Kissling-Näf	Chandru Somasundaram
Eva Chen	Fuat Köçer	Ursula Stöckli
Francesca Chukwunyere	Nora Krummen	Irina Straubhaar
Dolores Dana	Anna Leissing	Therese Streit-Ramseier
Milena Daphinoff	Corina Liebi	Bettina Stüssi
Sibyl Martha Eigenmann	Maurice Lindgren	Michael Sutter
Alexander Feuz	Salome Mathys	Johannes Wartenweiler
Jelena Filipovic	Matteo Micieli	Lukas Wegmüller
Jemima Fischer	Szabolcs Mihalyi	Janosch Weyermann
Sofia Fisch	Tanja Miljanovic	Marcel Wüthrich
Thomas Fuchs	Dominic Nellen	

Stadtrat entschuldigt

Michael Burkard

Vivianne Esseiva

Ueli Jaisli

Simone Machado

Gemeinderat anwesend

Alec von Graffenried PRD

Reto Nause SUE

Franziska Teuscher BSS

Marieke Kruit TVS

Stadtkanzlei anwesend

Claudia Mannhart, Stadtschreiberin

Ratssekretariat anwesend

Nadja Bischoff, Ratssekretärin

Christine Otis, Protokoll

Mago Flück, Ratsweibel

Cornelia Stücker, Sekretariat

Mitteilungen

Präsident 2022: Ich begrüsse Sie herzlich zur ersten Sitzung dieses Jahres. Gäbe es einen passenderen Anfang für meine letzte Sitzung, als einen Lehrer – die Stadträte von mir aus links gesehen würden ihn Schulmeister nennen –, einen Pädagogen, Reformier und Politiker zu würdigen, der heute vor 277 Jahren geboren wurde. Er ist solch ein bedeutender Pädagoge, dass ihm die Stadt Bern ein Schulhaus, eine Tramhaltestelle und eine Strasse gewidmet hat. Am 12. Januar 1746 wurde Johann Heinrich Pestalozzi in Zürich geboren. Weniger bekannt ist, dass er in den 60er Jahren des 18. Jahrhunderts zu einer politischen Studentenbewegung gehörte, die Kritik an der Staatsorganisation und am Schul- und Bildungssystem geäussert und Reformen gefordert hat. Bekannter ist er dafür, dass er die Pädagogik und das Lernen auf eine breitere Basis stellen wollte – ein ganzheitliches Lernen. Bekannt wurde er durch den Dreiklang Lernen mit Kopf, Hand und Herz. Auch wenn heute einige Ansätze Pestalozzis umstritten und überholt sind oder eine Modernisierung erfahren haben, kommt man auch im Jahr 2023 in der Ausbildung zur Pädagogin, zum Pädagogen kaum um Johann Heinrich Pestalozzi herum. Aber eben auch nicht, wenn man durch mein Quartier spaziert oder mit dem Tram durchfährt. Mitgeben möchte ich Ihnen aber einen Gedanken von Johann Heinrich Pestalozzi, der für uns in der Politik mindestens genau so treffend ist, wie für die Lehrerinnen und Lehrer. Auch wenn wir uns hier im Rat immer wieder darüber beklagen, dass unser Sprechen und Handeln zu wenig Öffentlichkeit und Beachtung finden, sollten wir uns aber auch immer wieder vor Augen führen, welche Folgen unsere Politik hier drin für die Menschen dort draussen hat. Wir müssen uns bewusst sein, was unsere Entscheide für die einzelnen Stadtbewohnerinnen und Stadtbewohner bedeuten, welchen Einfluss ein Ja oder ein Nein von Ihnen auf die Wirklichkeit der Bernerinnen und Berner hat. Oder klarer ausgedrückt: Wir müssen uns über die Macht, über die wir hier verfügen, bewusst sein. Bevor Sie in diesem Jahr auf einen roten, grünen oder weissen Knopf drücken, denken Sie bitte immer wieder an den folgenden Satz von Pestalozzi: «Die Zunge ist ein kleines Ding, aber sie richtet grosse Dinge an.» Ich möchte nun nichts Grosses mehr ausrichten und Ihnen allen lediglich ein gutes, erfüllendes, erfolgreiches und vor allem friedliches neues Jahr wünschen. «Doch warum rede ich, wo ich nur schweigen und fühlen sollte?» Das hat ebenfalls Pestalozzi gesagt. Deshalb spreche ich nun nicht mehr weiter und wir steigen in den ordentlichen Ratsbetrieb ein. Dieser beginnt mit einem Rücktrittsschreiben:

«Rücktritt aus dem Stadtrat per 12. Januar 2023, Epilog: Ich habe mich sehr an Fats Wallers Easyjazz-Nummer «I'm gonna sit right down and write myself a letter» aus dem Jahre 1935 erinnert, als ich mich hinsetzte, um ein an mich und Sie gerichtetes Rücktrittsschreiben zu verfassen. Franz Hohler hat das Lied übrigens 1973 unter dem Titel «Ich glaub, ich hock jetzt ab und schribe mir sälber en Brief» in Zürcher Dialekt aufgenommen – sehr hörensenswert auf Youtube zu finden. Gleichzeitig wurde in den Medien breit über «ChatGPT» berichtet. Eine künstliche Intelligenz, die laut Selbstdeklaration unter anderem folgende Fertigkeiten hat: «ChatGPT kann allgemeine Fragen beantworten, sich mit dem User in einer Fremdsprache unterhalten, es bietet Hilfe beim Verfassen von Texten oder beim Lösen von Mathematikproblemen und vieles mehr.» Damit ich mich also nicht hinsetzen muss, um mir selber einen Brief zu schreiben, erteile ich der künstlichen Intelligenz folgenden Auftrag: «Rücktrittsschreiben für Manuel C. Widmer aus dem Berner Stadtrat nach 13,5 Jahren, Dank an Ratskolleg*innen, Gemeinderat, Verwaltung und vor allem ans Ratssekretariat, humorvolle Note, nur Miteinander und Kompromissbereitschaft aller bringt tragfähige Lösungen, mehr Anstrengungen im Klimabereich, ich engagiere mich weiter als Grossrat für Bern.» Ich lese nun 1:1 - ohne

Veränderung – das wahrscheinlich erste Rücktrittsschreiben eines Politikers vor, das von einer künstlichen Intelligenz verfasst wurde: Liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, liebe Vertreterinnen und Vertreter des Ratssekretariats. Es ist Zeit, dass ich mich von meinem Posten als Stadtrat von Bern verabschiede. Aber keine Sorge, ich gebe das Amt nicht sorglos auf, ich werde es an jemanden weitergeben, der besser darin ist, sich mit Papierstapeln zu beschäftigen, als ich es bin. Ich möchte mich an dieser Stelle bei allen bedanken, die mich während meiner Zeit im Stadtrat unterstützt haben, bei meinen Ratskolleginnen und -kollegen, die immer bereit waren, meine manchmal auch wirren Ideen zu hören und manchmal sogar umzusetzen, beim Gemeinderat, der mich immer freundlich aufgeklärt hat, wenn ich etwas nicht verstanden habe – was leider öfters vorgekommen ist –, bei der Verwaltung, die mich immer freundlich behandelt hat, auch wenn ich sie mit meinem ständigen Nachfragen genervt habe und vor allem beim wunderbaren Ratssekretariat, das mich immer mit Kaffee und gutem Rat versorgt hat. Eine Sache habe ich in meiner Zeit im Stadtrat gelernt: Nur durch ein Miteinander und Kompromissbereitschaft aller können wir tragfähige Lösungen für unsere Gemeinde finden. Auch wenn wir manchmal unterschiedlicher Meinung sind, sollten wir immer respektvoll miteinander umgehen und konstruktive Lösungen suchen. Das ist es, was unsere Demokratie stark macht. In den kommenden Jahren werden wir noch mehr Anstrengungen im Klimabereich unternehmen müssen, um unseren Planeten zu schützen. Ich hoffe, dass wir in Zukunft eng zusammenarbeiten und uns gemeinsam für eine lebenswerte Zukunft einsetzen werden. Auch wenn ich nicht mehr im Stadtrat tätig sein werde, werde ich mich weiterhin als Grossrat für Bern engagieren. Ich hoffe, dass ich auch weiterhin eine positive Rolle für unsere Gemeinde spielen und dazu beitragen kann, unsere Stadt noch lebenswerte zu machen. Oder wie es Michael Jackson, der King of Pop am 3. Mai 2009, gesagt hat: «This is it. I mean, this is really it. This is the final curtain call.» Nein, dieser letzte Satz hat nicht die KI geschrieben, sondern der DJ in mir. Ich wünsche unserer Stadt etwas weniger Macht und etwas mehr machen. Manuel C Widmer.»

Es ist erstaunlich, was man aus dieser Maschine herausholen kann. Neben dem, dass wir einen Abgang haben, haben wir auch zwei Neuzugänge, die ich begrüßen möchte. Ich begrüsse Vanessa Salamanca vom Grünen Bündnis als Nachfolgerin von Regula Bühlmann sowie Nicole Silvestri von der SP als Nachfolgerin von Katharina Altas im Ratsbetrieb. Das ist ein angenehmer und fulminanter Einstieg: Zwei Stunden Stadrats-sitzung und anschliessend gehen wir miteinander essen. Das ist ein guter Einstieg, um die Leute richtig kennenzulernen.

Sie haben dem Schreiben entnommen, dass wir uns nach der Sitzung etwas beeilen müssen, der Bus fährt um 19.15 Uhr in die Elfenau, schauen Sie, dass Sie dort zügig hinkommen und der Bus rechtzeitig abfahren kann. Wer sich noch nicht eingebadged hat, soll dies bitte noch nachholen. Weil wir heute nur eine Sitzung haben, bitte ich Sie, die dringlichen Vorstösse bis 18.15 Uhr einzureichen und die übrigen Vorstösse bis 18.45 Uhr.

2022.SR.000045

1 Protokollgenehmigungen Stadtrat 2022 (Protokoll 19 vom 27.10.2022)

Der Stadtrat genehmigt das Protokoll 19 vom 27.10.2022.

2022.SR.000045

2 Protokollgenehmigungen Stadtrat 2022 (Protokoll 20 vom 28.10.2022)

Der Stadtrat genehmigt das Protokoll 20 vom 28.10.2022.

2022.SR.000045

3 Protokollgenehmigungen Stadtrat 2022 (Protokoll 21 vom 10.11.2022)

Der Stadtrat genehmigt das Protokoll 21 vom 10.11.2022.

2022.SR.000045

4 Protokollgenehmigungen Stadtrat 2022 (Protokoll 22 vom 24.11.2022)

Der Stadtrat genehmigt das Protokoll 22 vom 24.11.2022.

2020.SR.000385

5 Büro Stadtrat: Wahlen für das Jahr 2023

Präsident 2022: Wir kommen zur Wahl meiner Nachfolge und Ihrem Präsidium des nächsten Jahres. Nominiert für das Amt des Stadtratspräsidenten ist Michael Hoekstra. Es gibt keine weiteren Wahlvorschläge, wir wählen den nächsten Stadtratspräsidenten durch Aufstehen. Mit Enthaltung des angehenden Präsidenten ist Michael Hoekstra einstimmig zum neuen Stadtratspräsidenten gewählt. Ich gratuliere Ihnen ganz herzlich zu Ihrem neuen Amt.

Applaus im Saal. Der neue Stadtratspräsident Michael Hoekstra übernimmt die Sitzungsleitung von Manuel C. Widmer.

Präsident: Ich danke Ihnen für Ihr Vertrauen und den Applaus. Meine erste Amtshandlung ist die Würdigung und Verdankung des ehemaligen Stadtratspräsidenten. Wenn ich Manuel C. Widmer beschreiben müsste – vor allem in meiner kurzen Zeit, bevor er Stadtratspräsident war – würde ich ihn als eloquent und rhetorisch geschickt beschreiben, seine Voten waren bisweilen sogar poetisch. Ab und zu provozierte er gerne, wurde aber auch selber ab und zu provoziert, beziehungsweise liess er sich provozieren. Deshalb gab es im Vorfeld seiner Wahl auch Bedenken und sogar kritische Stimmen. Die Bedenken und Fragen drehten sich darum, ob er sich zurücknehmen könne und ob es ihm gelingen würde, sich auf dem Platz hier oben nicht provozieren zu lassen. Es kam alles anders: Manuel C. Widmer hat sich aus meiner Sicht eine grundsollide Sitzungsleitung angeeignet. Er hat das absolut top gemacht und hat den Stadtrat letztes Jahr durch sehr komplexe Abstimmungsrituale mit X Ausmehrungen geführt. Ich habe ihn als konstruktiv erlebt. Er hat neue Ideen ausprobiert, mit denen er teilweise gewisse Ratsmitglieder überrumpelt hat. Er ging neue Wege, auch bei uns im Büro. Er hat uns als Ratsbüromitglieder, als Team, in Entscheidungen involviert und er hat uns Büromitglieder nicht nur einfach zu Beisitzern gemacht, sondern hat uns konsultiert und miteinbezogen. Mich als ersten Vizepräsidenten im Speziellen hat er in Entscheidungen

einbezogen, das ist vorher so nicht passiert. Er hat mit mir zusammen im Ratsbüro Verantwortung übernommen und hatte das Ziel – das unterstütze ich –, eine gewisse Kontinuität hinzubekommen, damit man nicht jedes Jahr wieder von vorne anfangen muss, sondern eine fließende Übergabe ins Ratspräsidium hineinbringen kann. Rats-effizienz war bei ihm kein Fluchwort, sondern ein Lösungsweg, um die Sitzungen spannend zu machen und man als Ratsmitglied das Gefühl bekommt, dass man sich in diesem Rat verwirklichen und etwas bewegen kann. Auch wenn bei gewissen Bemerkungen wie zum Beispiel der Aufforderung, erst zu sprechen, wenn der Name grün auf der Tafel erscheint oder sich fürs Votum bereits zu halten, teilweise sein Lehrersein durchgedrückte, war seine Absicht dahinter aus meiner Sicht aber immer klar. Er wollte möglichst wenig der wertvollen und teuren Ratszeit verlieren, um möglichst viele Traktanden behandeln zu können. Er hat ausserdem die erste Session ein- und durchgeführt. Der einzige Grund, warum wir das in diesem Jahr nicht machen – das ist mir wichtig zu sagen – ist nicht, weil ich das nicht begrüssen würde, sondern weil wir innerhalb der Fraktionspräsidienkonferenz versprochen haben, dass wir die Konsultation mit den Fraktionspräsidien abwarten. Ich persönlich hoffe, dass wir nach positiven Rückmeldungen von Ihnen 2024 Sessionen einführen oder weiterführen können. Mein Fazit zu Ihrer Amtszeit, lieber Manuel C. Widmer: Sie haben Grundsteine gelegt, die ich weiterverfolgen kann und werde. Gemäss Ihrer Krawatte in Star Wars Manier: «Thank you, Master. Your Padawan has learned a lot. This is the way.» Vielen Dank. Mein Abschiedsgeschenk wurde natürlich ein strenger YB-Manier ausgeschmückt, damit es optisch etwas hergibt. Es handelt sich um einen kleinen Insiderwitz zwischen uns. Ich habe Manuel C. Widmer ganz am Anfang seiner Amtszeit angeboten, dass er mir jederzeit einfach einen Pieps geben kann, und ich gehe ihm einen Kaffee holen. Er hat das sehr wörtlich genommen und mir entweder über Signal oder sonst irgendein Kommunikationsmittel einen Pieps geschickt und ich habe ihm daraufhin selbstverständlich einen Kaffee geholt. Damit er sich von diesem Service entwöhnen kann, habe ich ihm einen Gutschein eines bekannten Kaffeerösters in der Stadt Bern gekauft, wo er sich nun jederzeit einen Kaffee holen kann. Selbstverständlich gibt es – damit er nicht zu viele Einwegbecher verbraucht – die passende YB-Tasse dazu.

Applaus im Saal.

Wir kommen zur Wahl des ersten Vizepräsidiums. Nominiert ist Valentina Achermann von der SP/JUSO-Fraktion. Gibt es dazu weitere Wahlvorschläge? Das scheint nicht der Fall zu sein. Wir stimmen mittels Handerheben ab.

Applaus im Saal.

In diesem Fall herzliche Gratulation zur einstimmigen Wahl an Valentina Achermann, bitte nehmen Sie hier vorne Platz. Wir kommen zur Wahl des zweiten Vizepräsidiums. Nominiert ist Tom Berger von der FDP/JF-Fraktion. Gibt es dazu weitere Wahlvorschläge? Das scheint auch nicht der Fall zu sein, wir stimmen auch hier mittels Handerheben ab.

Applaus im Saal.

Somit auch Ihnen, Tom Berger, herzliche Gratulation zur Wahl zum zweiten Vizepräsidium. Wir kommen zur Wahl der Stimmenzählenden. Nominiert sind wieder Franziska

Geiser, GB/JA! und neu Lionel Gaudy, Mitte. Gibt es dazu weitere Wahlvorschläge? Das scheint nicht der Fall zu sein. Wir wählen die beiden mittels Handerheben.

Applaus im Saal.

Auch an dieser Stelle herzliche Gratulation an Sie beide.

Wahl

2020.SR.000385

Der Stadtrat wählt für das Jahr 2023:

1. Michael Hoekstra (Fraktion GLP/JGLP) als Stadtratspräsidenten
2. Valentina Achermann (Fraktion SP/JUSO) als 1. Vizepräsidentin
3. Tom Berger (Fraktion FDP/JF) als 2. Vizepräsidenten
4. Franziska Geiser (Fraktion GB/JA!) als Stimmzählerin
5. Lionel Gaudy (Fraktion Mitte) als Stimmzähler.

2022.SR.000192

6 Geschäftsprüfungskommission (GPK): Ersatzwahl, Wahl des Präsidiums und des Vizepräsidiums für das Jahr 2023

Präsident: Wir kommen zur Wahl der GPK, das ist die frühere Aufsichtskommission. Wir wählen diese Mitglieder in corpore. Da es keine weiteren Wahlvorschläge gibt, wählen wir die Mitglieder der GPK mittels Handerheben.

Applaus im Saal.

Wahl

2022.SR.000192

Der Stadtrat wählt:

- Dominic Nellen (SP/JUSO) als Mitglied in die Kommission GPK
- Michael Burkard (GFL/EVP) als Präsidenten 2023
- Matteo Micieli (AL/PdA) als Vizepräsidenten 2023.

2022.SR.000193

7 Kommission für Ressourcen, Wirtschaft, Sicherheit und Umwelt (RWSU): Ersatzwahlen und Wahl der stellvertretenden Mitglieder

Präsident: Wir kommen zur Wahl für die Kommission für Ressourcen, Wirtschaft, Sicherheit und Umwelt (RWSU), das ist die bisherige FSU. Es ist eine Ersatzwahl und Wahl der stellvertretenden Mitglieder. Da es keine weiteren Wahlvorschläge gibt, wählen wir auch die Mitglieder der RWSU mittels Handerheben in corpore.

Applaus im Saal.

Wahl

2022.SR.000193

Der Stadtrat wählt:

- Anna Leissing (GB/JA) als Mitglied
- Nicole Silvestri (SP/JUSO) als Mitglied
- Dominic Nellen (SP/JUSO) als stellvertretendes Mitglied
- Halua Pinto de Magalhaes (SP/JUSO) als stellvertretendes Mitglied
- Therese Streit (GFL/EVP) als stellvertretendes Mitglied
- Tanja Miljanovic (GFL/EVP) als stellvertretendes Mitglied
- Seraphine Iseli (GB/JA) als stellvertretendes Mitglied
- Gabriela Blatter (GLP/JGLP) als stellvertretendes Mitglied
- Janosch Weyermann (SVP) als stellvertretendes Mitglied
- Florence Schmid (FDP/JF) als stellvertretendes Mitglied
- Lionel Gaudy (Mitte) als stellvertretendes Mitglied.

2020.SR.000387

8 Kommission für Planung, Verkehr und Stadtgrün (PVS): Ersatzwahl, Wahl des Präsidiums und Vizepräsidiums für das Jahr 2023 und Wahl der stellvertretenden Mitglieder

Präsident: Wir kommen zur Wahl für die Kommission Planung, Verkehr und Stadtgrün (PVS). Das sind Ersatzwahlen, Wahl des Präsidiums und Vizepräsidiums für das Jahr 2023 und Wahl der stellvertretenden Mitglieder. Da es keine weiteren Wahlvorschläge gibt, wählen wir auch die Mitglieder der PVS mittels Handerheben in corpore.

Wahl

2020.SR.000387

Der Stadtrat wählt:

- Nora Joos (GB/JA) als Mitglied
- Maurice Lindgren (GLP/JGLP) als Präsidenten 2023
- Timur Akçasayar (SP/JUSO) als Vizepräsidenten 2023
- Michael Sutter (SP/JUSO) als stellvertretendes Mitglied
- Johannes Wartenweiler (SP/JUSO) als stellvertretendes Mitglied
- Katharina Gallizzi (GB/JA) als stellvertretendes Mitglied
- Mahir Sancar (GB/JA) als stellvertretendes Mitglied
- Corina Liebi (GLP/JGLP) als stellvertretendes Mitglied
- Mirjam Roder (GFL/EVP) als stellvertretendes Mitglied
- Kurt Rügsegger (SVP) als stellvertretendes Mitglied
- Thomas Hofstetter (FDP/JF) als stellvertretendes Mitglied
- Claudio Righetti (Mitte) als stellvertretendes Mitglied.

2020.SR.000388

9 Kommission für Soziales, Bildung und Kultur (SBK): Ersatzwahlen, Wahl des Präsidiums und Vizepräsidiums für das Jahr 2023 und Wahl der stellvertretenden Mitglieder

Präsident: Wir kommen zur Wahl für die Kommission für Soziales, Bildung und Kultur (SBK). Es sind Ersatzwahlen, Wahl des Präsidiums und Vizepräsidiums für das Jahr 2023 und Wahl der stellvertretenden Mitglieder. Da es keine weiteren Wahlvorschläge gibt, wählen wir auch die Mitglieder der SBK mittels Handerheben in corpore.

Wahl

2020.SR.000388

Der Stadtrat wählt:

- Anna Jegher (GB/JA) als Mitglied
- Sofia Fisch (SP/JUSO) als Mitglied
- Tom Berger (FDP/JF) als Präsidenten 2023
- Barbara Keller (SP/JUSO) als Vizepräsidentin 2023
- Szabolcs Mihalyi (SP/JUSO) als stellvertretendes Mitglied
- Bettina Stüssi (SP/JUSO) als stellvertretendes Mitglied
- Ursina Anderegg (GB/JA) als stellvertretendes Mitglied
- Mirjam Arn (GB/JA) als stellvertretendes Mitglied
- Gabriela Blatter (GLP/JGLP) als stellvertretendes Mitglied
- Judith Schenk (GLP/JGLP) als stellvertretendes Mitglied
- Lukas Gutzwiller (GFL/EVP) als stellvertretendes Mitglied
- Alexander Feuz (SVP) als stellvertretendes Mitglied
- Vivianne Esseiva (FDP/JF) als stellvertretendes Mitglied
- Matteo Micieli (AL/PdA) als stellvertretendes Mitglied.

2022.SR.000195

10 Spezialkommission Kooperation Bern (SPEZKO.KOBE): Wahl der stellvertretenden Mitglieder

Präsident: Wir kommen zur Wahl für die Spezialkommission Kooperation Bern (SPEZKO.KOBE). Diese Wahl haben wir bereits letztes Jahr durchgeführt. Heute wählen wir nur noch die stellvertretenden Mitglieder. Da es keine weiteren Wahlvorschläge gibt, wählen wir auch die stellvertretenden Mitglieder der SPEZKO.KOBE mittels Handerheben in corpore.

Wahl

2022.SR.000195

Der Stadtrat wählt:

- Lukas Wegmüller (SP/JUSO) als stellvertretendes Mitglied
- Halua Pinto de Magalhães (SP/JUSO) als stellvertretendes Mitglied
- Nora Joos (GB/JA) als stellvertretendes Mitglied
- Anna Leissing (GB/JA) als stellvertretendes Mitglied
- Irina Straubhaar (GLP/JGLP) als stellvertretendes Mitglied

- Therese Streit (GFL/EVP) als stellvertretendes Mitglied
- Thomas Glauser (SVP) als stellvertretendes Mitglied
- Tom Berger (FDP/JF) als stellvertretendes Mitglied
- Jemima Fischer (AL/PdA) als stellvertretendes Mitglied
- Sibyl Martha Eigenmann (Mitte) als stellvertretendes Mitglied.

2020.SR.000159

11 Geschäftsreglement des Stadtrats (GRSR); Teilrevision; Änderungsantrag nach Art. 82 GRSR von Michael Burkard (GFL), Tabea Rai (AL), Zora Schneider (PdA) Luzius Theiler (GaP), Alexander Feuz (SVP): «Für eine Regelung der ausserordentlichen Lage im Geschäftsreglement des Stadtrats»; 2. Lesung

Präsident: Wir kommen zum ersten Geschäft des heutigen Abends, Traktandum 11, der zweiten Lesung zum Geschäftsreglement des Stadtrats. Die Fraktionsvoten sowie die Antragsbegründungen fanden bereits in der ersten Lesung statt. Für die zweite Lesung bitte ich Sie deshalb, sich nur auf Ergänzungen und Neuerungen zu beschränken.

Ingrid Kissling-Näf (SP) für die GPK und für die Fraktion: Obwohl ich nicht mehr Mitglied der Aufsichtskommission oder der neuen Kommission bin, freue ich mich trotzdem, den Antrag beziehungsweise die Stellungnahme der Kommission begründen zu können. Wir starten mit einem alten Geschäft der Aufsichtskommission. Die erste Lesung fand am 10. November 2022 statt. Der Antrag des Büros hat dazu geführt, dass wir das Geschäft im neuen Jahr in zweiter Lesung noch verabschieden müssen. Michael Hoekstra hat es als Ratspräsident bereits gesagt und ich nehme nur kurz Stellung zu den Vorschlägen des Büros und zum vorliegenden Antrag. Wie Sie wissen oder den Unterlagen entnommen haben, hat das Büro einen Vorschlag eingereicht. Wir sprechen in diesem Zusammenhang darüber, unter welchen Bedingungen überhaupt von Krisensituation gesprochen werden kann. In Artikel 2a hat die AK vorgeschlagen, dass es sich um eine Krisensituation handelt, wenn sie «den ordnungsgemässen Ratsbetrieb gefährden soll», dies der Vorschlag. Das Büro schlug daraufhin vor, dass man nicht vom Ratsbetrieb, sondern von Ratssitzungen sprechen soll. Die AK diskutierte im Dezember kurz darüber und kam zum Schluss, dass sie eigentlich nach wie vor findet, dass der Begriff «ordnungsmässiger Ratsbetrieb» konziser sei, weil das eben breiter ist und auch die Kommissionssitzungen umfasst. Darum haben wir vorgeschlagen, dass der Ausdruck Ratsbetrieb in der zu beschliessenden Version erhalten bleibt und in dem Sinne empfehlen wir, die Version auch anzunehmen. Das Büro hat seinen Vorschlag in diesem Zusammenhang zurückgezogen und es liegt nur noch die Version der AK zum Beschluss vor. Das Büro hat auch angeregt, dass man Vorschriften zur Fortführung des Betriebs bei einer Energiemangellage macht. Glücklicherweise haben wir in diesem Winter noch nicht ganz so viel davon gespürt. Nichtsdestotrotz braucht es Vorkehrungen. Speziell geht es auch darum, dass die Publikation von Ort, Zeit und Traktanden von jeder Sitzung eigentlich in Artikel 43 GRSR vorgesehen ist. Hier stellt sich die Frage, was passiert, falls wir wirklich in ein dunkles Loch fallen und keinen Strom mehr haben. Was passiert, wenn zum Beispiel kein Anzeiger gedruckt werden kann. In dem Sinn schlägt das Büro vor, dass in Krisenzeiten das Büro festlegen kann, in welcher Form die Unterlagen einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden sollen. Das sind die Ergänzungen, die Ihnen im neuen Absatz 3 vorliegen. Ebenfalls hat das

Büro angeregt, dass man sich über eine nachträgliche Publikation Gedanken macht, wenn man sich in einer Notsituation befindet. Man kam zum Schluss, dass es dem Büro obliegen soll festzulegen, wann die Stadtratsbeschlüsse, die publiziert werden müssen, publiziert werden. Das sind die Sachen, die wir in der Aufsichtskommission für die zweite Lesung noch einmal diskutiert haben. In dem Sinne beantragt Ihnen die Aufsichtskommission, den Antrag zu Artikel 2a GRSR zu genehmigen. Zudem – und das ist vielleicht auch noch wichtig zu wissen – konnte die in Kraftsetzung des neuen Artikels nicht auf den 1. Januar 2023 passieren. Der Vorschlag ist nun, dass der neue Artikel 2a ab dem Datum des entsprechenden Beschlusses des Stadtrats in Kraft tritt. Wenn Sie heute also zustimmen, wird das heute Abend der Fall sein. Die AK stellt den Antrag, dass wir den Artikel 2a GRSR gutheissen. Wie gesagt wurden die Vorschläge des Büros vollumfänglich integriert und die AK unterstützt diese auch. Zum Fraktionsvotum: Die Fraktion SP/JUSO stimmt den Vorschlägen der Aufsichtskommission vollumfänglich zu und legt Ihnen nahe, diese gut zu heissen.

Marcel Wüthrich (GFL) für die Fraktion: Nachdem wir in der ersten Lesung praktisch keine Debatte geführt haben, sieht es so aus, als wenn das Geschäft heute Abend fast ein bisschen unscheinbar geworden wäre und dabei ist es doch so, dass die Bedeutung in Krisenzeiten wichtig ist. Deshalb möchte ich im Namen der GFL/EVP-Fraktion ganz herzlich den Einreichenden danken, die den Anstoss zur Regelung der ausserordentlichen Lage im GRSR gegeben haben, sowie der AK und dem Büro des Stadtrats für ihre saubere Vorbereitungsarbeit. Es wurden alle Anträge zurückgezogen und die Anträge des Büros auf gute Weise integriert. Auch wenn heute nicht absehbar ist, welche Art von Krisenlage eintreten könnte, werden wir der AK und dem Büro vielleicht einmal ganz fest dankbar sein für ihre weitsichtige Formulierung zur Aufrechterhaltung unseres Ratsbetriebs.

Antrag

Artikel 2a (neu) *Ratsbetrieb in Krisensituationen*

AK aus 2. Lesung²:

³ (neu) *In Abweichung von den Artikeln 42, 43 und 46 GRSR entscheidet das Büro des Stadtrats:*

- a. *ob und wenn ja, wie, Ort, Zeit und die Traktandenlisten von Stadtratssitzungen publiziert werden;*
- b. *in welcher Form die Sitzungsunterlagen der Stadtratssitzungen zur Verfügung gestellt bzw. zugänglich gemacht werden;*
- c. *zu welchem Zeitpunkt die Stadtratsbeschlüsse im amtlichen Publikationsorgan veröffentlicht werden.*

[Die Absätze 3 bis 6 bisher werden neu zu den Absätzen 4 bis 7]

Abstimmung

2020.SR.000159: Antrag AK aus 2. Lesung²

Annahme

Ja	72
Nein	0
Enthalten	0

[Namensliste](#) 004

Antrag

Artikel 2a (neu) *Ratsbetrieb in Krisensituationen*

AK aus 2. Lesung³:

Die Änderungen treten mit dem entsprechenden Beschluss des Stadtrats in Kraft.

Abstimmung

2020.SR.000159: Antrag AK aus 2. Lesung³

Annahme

Ja	71
Nein	1
Enthalten	0

[Namensliste](#) 005

Abstimmung

2020.SR.000159: Bereinigt

Annahme

Ja	74
Nein	1
Enthalten	0

[Namensliste](#) 006

2022.BSS.000055

12 Projekt «KIT23»: Investitionskredit Programm «Weiterentwicklung der Schulinformatik-Plattform»; Projektierungskredit

Fuat Köçer (SP) für die SBK: Bei diesem Geschäft geht es um das Projekt «KIT23», früher bekannt als base4kids. Es handelt sich einerseits um einen Investitionskredit in der Höhe von 1,38 Millionen Franken und andererseits um einen Projektierungskredit in der Höhe von 2,46 Millionen Franken. Zum Investitionskredit: Es geht um den Rückkauf der 7 500 iPads, die von den Schüler*innen gebraucht werden sowie der 1 440 iPads, die im Gebrauch der Lehrpersonen sind. Ab August 2025 muss die Hardware nämlich erneuert werden. Das Ziel ist, auf den gleichen Zeitpunkt auch die Informatik zu aktualisieren. Dafür wird zusätzlich ein Projektierungskredit beantragt. Auf die Frage, wieso die Geräte geleast und nicht gekauft worden sind, wurden wir von der Verwaltung informiert, dass Leasing aus ökologischer und ökonomischer Sicht mehr Sinn gemacht habe. Zum Projektierungskredit: Die neue Schulinformatikplattform soll evaluiert und ab 2025 in sechs Schritten realisiert werden. Die dafür notwendigen Verpflichtungs- und Investitionskredite betreffen die Jahre 2025 bis 2030 und werden eine Volksabstimmung notwendig machen. Ein kleines Update: Wir befinden uns im Moment bei Schritt 3 des Projektes, bei dem es konkret um den Rückkauf der geleasten Geräte geht. Was passiert, wenn wir den Projektierungskredit nicht bewilligen? Es braucht die politische Legitimation zwingend. Die aktuell eingesetzten Geräte müssten trotz bereits erreichter Lebensdauer weiterhin im Einsatz bleiben. Dementsprechend würden sehr hohe Reparaturkosten anfallen, was sich auf Kosten und Nutzen auswirken würde. Eine Verlängerung der Garantie ist aus ökonomischer Sicht nicht sinnvoll. Zudem würde die Technologie respektive die bestehende Hardwareanforderung den Software-Updates nicht genügen. Das Geschäft wurde in der SBK diskutiert. Der zentralen Aspekte des Diskurses haben sich auf finanztechnische Punkte bezogen: Warum werden 15 Prozent Reserven bei der Anschaffung eingeplant, obwohl klar ist, wie viele Geräte angeschafft werden. Es sei eine finanztechnische Regelung, 15 Prozent der Gesamtinvestition als Reserve einzuplanen. Als Folge dieser Diskussion erachtet die SBK dies als sinnvoll

und wünscht folgende Präzisierung beziehungsweise Erläuterung: «Die iPads sind im Schulbereich erfahrungsgemäss einem überdurchschnittlichen Verschleiss unterworfen. Die 15 Prozent Reserve gemäss Tabelle 4.3 auf Seite 9 trägt diesem Umstand Rechnung und dient der Reparatur und dem Ersatz defekter Geräte.» Obwohl es längere Diskussionen gab, stimmte die SBK den Anträgen des Gemeinderats für einen Investitionskredit von 1,38 Millionen Franken und einen Projektierungskredit von 2,46 Millionen Franken zu. Wir empfehlen diese dementsprechend zur Annahme.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Ich begründe zuerst unsere Anträge 2 bis 4. Antrag 2 verlangt, dass sicherzustellen sei, dass die Empfehlungen der Aufsichtskommission und von Experten hinsichtlich IT berücksichtigt und umgesetzt werden. Wir haben nach all diesen Erfahrungen – ich verweise auf die heutige Berichterstattung in der Berner Zeitung, dass es bei der Fallführungssoftware Citysoftnet auch wieder gewaltige Mehrkosten gibt – grosse Vorbehalte, dass es dieses Mal richtig funktioniert und deshalb diesen Antrag gestellt. Vielleicht werde ich wiederum als Cassandra bezeichnet, aber aus meiner Sicht handelt es sich um einen Punkt, den man anschauen muss. Wir verlangen nichts Verrücktes. Wir wollen lediglich, dass die Empfehlungen der Aufsichtskommission und eines Experten hinsichtlich IT berücksichtigt werden. Diesem Antrag muss man meiner Meinung nach zwingend zustimmen. Sollte es wiederum schief gehen, wissen Sie, dass die SVP den Antrag gestellt hat. Zu Antrag 3: Es ist sicherzustellen, dass die Informatiklösung «Weiterentwicklung der IT» vorab mit den gängigen IT-Produkten kompatibel ist. Wir haben die ganze Zwängerei bezüglich Open Source gesehen. Ich mochte Matthias Stürmer gut, er war aber Professor für Open Source. Nachher musste alles Open Source sein. Das sind einfach die konkreten Auswirkungen. So viel verstehe selbst ich von der Informatik: Wenn Sie Apple-Produkte mit Open Source kompatibel machen wollen, stellt Sie das vor gewaltige Probleme. Wenn die Leute zuhause damit arbeiten wollen – die meisten von ihnen sind nicht informatikaffin – und nicht einmal der Drucker funktioniert, geht das nicht an. Manuel C. Widmer und ich sind nicht immer gleicher Meinung, aber diesbezüglich haben wir frühzeitig auf die Probleme aufmerksam gemacht. Wir finden, dass unserem Antrag zugestimmt werden sollte. Das ist zwingend. Unser Antrag 4 verlangt, dass auf nicht kompatible und erprobte Open-Source-Lösungen zu verzichten sei. Des Weiteren sei auf Experimente zu verzichten. Auch hier geht es mir darum, aus den Erfahrungen zu lernen. Man sollte es langsam merken. Ich habe Angst, dass trotzdem wieder Open-Source-Lösungen kommen könnten. Denken Sie daran, die Sache muss einfach sein. Nicht alle Eltern und Lehrer sind Informatiknerds. Diese Sache muss funktionieren. Wenn Sie ein Standardprodukt haben, kann unter Umständen der Nachbar mit IT-Kenntnisse helfen, hingegen mit Open Source sind Sie rasch aufgeschmissen. Deshalb bin ich gegen Experimente. Ich bitte Sie, den Anträgen zuzustimmen. Das Fraktionsvotum halte ich später.

Präsident: Alexander Feuz, es gibt die Antragsbegründung nicht mehr. Deshalb bitte ich Sie, das Fraktionsvotum direkt anzuhängen.

Alexander Feuz (SVP) führt sein Votum fort: Aus meiner Sicht war unser Vorgehen bezüglich Ratseffizienz ein Fehler. Ich halte also noch das Fraktionsvotum. Die SVP hat nichts gegen Informatik. Das ist wichtig. Wir sind nicht technikfeindlich und verlangen, dass die Kindergartenkinder und Schüler keine Informatik und Tablets haben sollen. Da hätte ich das grösste Problem mit meiner Tochter, die auch ein iPad hat und gewisse Dinge damit macht, sogar gewisse Lernprogramme. In den Sprachen müssen sie es so machen, was auch durchaus sinnvoll ist, indem sie nachsprechen und so den

Wortschatz lernen. Dagegen haben wir nichts einzuwenden. Aber: Bleiben Sie einfach, ziehen Sie die Sache durch und machen Sie keine Experimente. Das sind unsere Vorbehalte. Wir unterstützen die Anträge der PVS-Minderheit. Ansonsten gehen wir wieder sehenden Auges ins Verderben, denn wenn Sie diesen Anträgen nicht zustimmen, haben wir wieder ein Problem. Ich habe das Hohelied darüber, wie man das mit Open Source abgeklärt habe, einige Male gehört. Es kam bisher nie gut heraus. Ich bitte Sie, unseren Anträgen zuzustimmen.

Präsident: Alexander Feuz, Sie haben mich an etwas erinnert. Ich habe vergessen, meine Antrittsrede zu halten. Ich wollte eigentlich keine Rede halten, aber kurz aufzeigen, was sich ab der heutigen Ratssitzung bezüglich Redezeiten alles ändert. Ich hole dies vor dem nächsten Traktandum nach.

Bettina Jans-Troxler (EVP) für die Fraktion: Es ist wahrscheinlich nicht überraschend, dass uns das vorliegende Geschäft nicht in Begeisterungstürme ausbrechen lässt. Zu viel ist dabei in den letzten Jahren schiefgelaufen. Wir haben aber heute nicht wirklich eine Wahl. Ich glaube, wenn wir heute Nein sagen würden, bestünde ein grosses Risiko, dass die Schülerinnen und Schüler unserer Stadt ab nächstem Sommer ohne elektronische Geräte dastehen würden. Und im Moment funktionieren sie immerhin so gut, dass meine Tochter meinte, wir sollen bitte nichts ändern, da sonst die Lehrer wieder so viele Probleme lösen müssten, bis die Tablets endlich wieder laufen. Auch für die Weiterentwicklung des früheren base4kids2 wäre es sicherlich nicht förderlich, wenn wir heute den Projektierungskredit nicht sprechen würden. Zuerst zum Kauf der Tablets: Zumindest bei einem Teil der Lehrerschaft gibt es Unzufriedenheiten bezüglich des geplanten Vorgehens. Das hat wahrscheinlich damit zu tun, dass ein Teil der Lehrerschaft die iPads, die sie erhalten haben, kaum gebraucht haben. Viele arbeiten mit ihren eigenen Geräten, für die sie nach der Gutheissung des Nachkredits eine Entschädigung erhielten. Insofern wurde die Mitteilung von Seiten der Stadt, die Geräte jetzt kaufen zu wollen, zum Teil nicht gut aufgenommen. Uns ist es wichtig, dass auch die Lehrpersonen das weitere Vorgehen akzeptieren und man einen Weg findet, bei dem sich die Lehrpersonen ernstgenommen fühlen. Die Gemeinderätin Franziska Teuscher versprach in der Kommissionssitzung, dass ab Sommer nur noch die Lehrpersonen ein iPad bekommen, die es auch wirklich brauchen wollen. Trotzdem wolle man aber alle iPads kaufen und diejenigen, die nicht von den Lehrpersonen gebraucht werden, als Reserve-Geräte oder anderweitig in der Verwaltung einsetzen. Wir zählen darauf, dass da auch wirklich eine sinnvolle Lösung gefunden wird, was leider im base4kids-Projekt nicht immer der Fall war.

Zur Weiterentwicklung des Projekts und diesbezüglich zum Minderheitsantrag der SBK: Aus dem vorliegenden Vortrag geht unserer Meinung nach nicht klar hervor, dass die Nutzerausrichtung an oberster Stelle steht. Das war bisher eines der Probleme. Die Projektleitung hat zwar immer wieder beteuert, dass ihr das wichtig sei, aber aus dem Vortrag wurde dies nicht wirklich deutlich. Deshalb bitten wir Sie, dem Eventualantrag der SBK unbedingt zuzustimmen. Das ist auch von der Verwaltung erwünscht. Der Antrag dient dazu, dass heute im Stadtrat ganz klar ist, dass sie – also die Verwaltung – sich an der Nutzerausrichtung orientiert und die Lehrpersonen und Schüler*innen in den Schulen wirklich einbezogen werden. Das muss das oberste Ziel des Projektes sein. Wir geben wieder viel Geld für die Schul informatik aus und erwarten darum, dass es in Zukunft besser eingesetzt wird als in der Vergangenheit. Einen positiven Aspekt des neuen Projekts will ich noch erwähnen, nämlich die konkrete pädagogische Benutzung dieser Geräte im Unterricht, die ein höheres Gewicht erhalten soll. Das ist in der

bisherigen Entwicklung untergegangen. Wir sind auch gespannt, wie sich die neue Projektleitung über die zentrale Digitalstelle der Stadt Bern bewähren wird. Erfreulich ist, dass die Stellen in der BSS für die Schulinformatik doch noch besetzt werden konnten, nachdem man lange nach diesen Leuten gesucht hat. Dass aus den gemachten Fehlern gelernt wird und die Ergebnisse der verschiedenen Untersuchungsberichte berücksichtigt wurden, ist für uns selbstverständlich. Auf ein besseres Gelingen mit unserer weiterentwickelten Schulinformatik!

Barbara Keller (SP) für die Fraktion: Wir reden heute über das Projekt «KIT23». Ich starte mit dem Investitionskredit. Da geht es darum, dass man iPads von Schüler*innen und Lehrer*innen, die man bis jetzt schon gebraucht hat, zurückkaufen will. Es ist zwar insgesamt eine recht grosse Summe von 160 000 Franken. Man muss aber auch hier beachten, was man für das Geld bekommt. Und wenn man das herunterrechnet auf die Stückzahl pro iPad liegen die Kosten bei 110 Franken. Aus ökologischen und ökonomischen Gründen ist es aus unserer Sicht absolut sinnvoll, die iPads Pro weiterhin zu benutzen. Es bestand die Sorge, dass man hier etwas zurückkauft, das man gar nicht braucht und das nachher im Schrank landet. Diese Angst dürfte aber unbegründet sein, wenn wir davon ausgehen, dass die Verwaltung die Geräte wieder einzieht, wenn sie nicht gebraucht werden und anderswo einsetzt. Kommen wir jetzt zum Projektierungskredit für die Aktualisierung der Schulinformatiksoftware ab 2025: Was würde passieren, wenn man den Projektierungskredit nicht bewilligt? Das würde heissen, dass die aktuell eingesetzten Geräte weiter gebraucht werden müssten, obwohl ihre Lebensdauer bereits abgelaufen ist. Das bedeutet hohe Reparatur- und Instandhaltungskosten für die Hardware, die ebenfalls ihr Lebenslimit erreicht hat. Das heisst aber auch, dass man eine veraltete Hardware hätte, die den Software-Updates nicht mehr genügen könnte. Das Programm «Weiterentwicklung Schulinformatik» ist recht gross. Gerade die beiden Projekte «Kommunikation, Beteiligung und Befähigung» und «Digitaler Wandel in der Schule» sind wichtig, damit man abschätzen kann, wie der Schulalltag in drei Jahren aussieht. Ich behaupte, dass wir heute noch nicht genau abschätzen können, welche Geräte in Zukunft die Richtigen für die Schulzimmer sein werden. Genau darum ist es richtig herauszufinden, welches die besten Geräte sind, die man im Schulalltag wirklich brauchen kann und die etwas taugen. Den SBK-Minderheitsantrag lehnen wir als Fraktion ab. Der SP/JUSO-Fraktion ist es zwar sehr wichtig, dass die Bedürfnisse der Schüler*innen und Lehrer*innen auch wirklich abgeholt werden, da sie die Geräte am Schluss benutzen und damit arbeiten sollen. So ist User*innengerechtigkeit eines unserer Kernanliegen dieser Vorlage. Es braucht Räume, in denen die Kinder mitentscheiden und ihre eigenen Bedürfnisse einbringen können. Wir gehen davon aus, dass die Verwaltung ihr Versprechen einhält und dem Rechnung trägt. Ebenfalls lehnen wir alle drei SVP-Anträge ab. Es handelt sich dabei um Forderungen, von denen wir ausgehen, dass sie in einem gut aufgegleist IT-Projekt sowieso berücksichtigt werden. Zu Antrag 3: Wenn es gute Open-Source-Lösungen gibt, soll man diese auch verwenden dürfen. Wenn es sie nicht gibt, greift man halt auf kommerzielle Software zurück. So einfach ist das. Wir hoffen, dass Sie uns folgen und dem Investitions- sowie dem Projektierungskredit zustimmen. Damit können wir sicherstellen, dass die Geräte der Schülerinnen und Schülern auch in Zukunft sicher sind und die Versorgung gewährleistet ist.

Sarah Rubin (GB) für die Fraktion: Wir sprechen heute über zwei Kredite. Beim einen geht es darum, dass qualitativ noch sehr gute Geräte aus dem Leasingvertrag heraus gekauft werden. Das macht ökologisch wie auch ökonomisch Sinn. Der Vertrag läuft, wie wir wissen, 2023 aus und die Geräte sind aktuell noch gut brauchbar. Wieso sollte

man sie jetzt zurückgeben und nicht noch weitere zwei Jahre brauchen? Die Herstellung eines Mobiltelefons oder Tablets macht laut Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften knapp 80 Prozent aller Umweltbelastungen des gesamten Lebenszyklus' eines solchen Geräts aus. Darum gilt es – wie es bereits von Barbara Keller erwähnt wurde – die hergestellten Geräte so lange wie möglich zu brauchen. Eine möglichst lange Nutzung und auch das Recycling von Elektrogeräten sind leider immer noch nicht selbstverständlich, denn die sogenannte Green-IT ist erst im Kommen. Es macht also Sinn, einmal gekaufte Geräte zu nutzen und sie nicht ungebraucht in Schubladen liegen zu lassen. Darum hat die Stadt alle Lehrpersonen des Kollegiums der Schule, an der ich arbeite, bereits im Oktober aufgefordert, nicht gebrauchte Lehrpersonen-iPads bitte an die Stadt zurückzugeben, damit man sie von dort aus sinnvoll weiter verteilen kann. Der Generalsekretär der Direktion BSS, Sven Baumann, hat mir ausserdem telefonisch mitgeteilt, dass kurz nach dem heutigen Kreditbeschluss, der hoffentlich so zustande kommt, nochmals eine gezielte, aber unkomplizierte Befragung bei den Lehrpersonen durchgeführt werden soll, um zu ermitteln, welche Geräte wie ausgelastet sind und die Stadt die vorhandenen Hardware-Ressourcen optimal einsetzen kann. Diskutiert werden muss aus unserer Sicht auch, was nach 2025 mit diesen Geräten passiert. Es gäbe die Möglichkeit des Recyclings oder beispielsweise das Angebot, dass Verwaltungsangestellte und Lehrpersonen die Tablets günstig für die Weiterverwendung im privaten Bereich kaufen könnten. Momentan lässt es sich aber noch gut mit diesen Tablets arbeiten. Das kann ich als Lehrperson und als Mutter von Kindern im schulpflichtigen Alter bestätigen.

Der andere Kredit ist für die Weiterentwicklung des Projekts base4kids2. Laufende IT-Projekte werden ja immer nach einer bestimmten Periode neu projektiert, weil es notwendige Neuerungen gibt, die implementiert werden müssen. Genau das passiert jetzt und ist auch keine Überraschung. Unserer Ansicht nach hat die Stadt Empfehlungen aus den Untersuchungsberichten zu base4kids gut umgesetzt. Besonders hervorzuheben ist zum Beispiel der bessere User-Einbezug, unter anderem die neugeschaffene Stelle für eine Verbindungsperson zwischen Schulen und Stadtverwaltung, die Ende 2022 die Arbeit aufgenommen hat. Die Ansprüche sind hoch und man will, dass die Plattform funktioniert sowie die User gut einbezogen sind. Man hat also aus der Vergangenheit gelernt. Das bedingt jetzt gewisse personelle Ressourcen. Auch begrüßen wir es, dass jetzt genau abgeklärt werden soll, welche neuen Geräte in Zukunft angeschafft werden sollen. Hier kann man auf Erfahrungswerte mit den aktuellen Tablets zurückgreifen. Die Nutzer*innenpassung ist uns bei diesem Thema sehr wichtig. Es soll aber auch darauf geachtet werden, dass möglichst langlebige, robuste und energieeffiziente Geräte angeschafft werden. Wir lehnen den Minderheitsantrag der SBK ab, weil wir der Ansicht sind, dass dieser im Vergleich zum Vortrag nicht wirklich Neuerungen mit sich bringen würde. Die Forderungen sind im Geschäft bereits enthalten. Die Anträge der SVP lehnen wir alle ab. Das Geschäft als Ganzes nehmen wir an und danken Ihnen, dass Sie uns folgen.

Tom Berger (FDP) für die Fraktion: Es wurde bereits vieles gesagt und ich halte mich kurz. Aus unserer Sicht ist es wichtig, dass die Zeit von kostspieligen Pilot-, Leuchtturm- und Prestige-Projekten definitiv vorbei ist. Man hat sich mit base4kids2 übernommen, als man um jeden Preis die erste Schule oder die erste Gemeinde der Schweiz sein wollte, die etwas macht, was noch niemand konnte. Wir wissen, wo dies geendet hat. Auch das vorliegende Geschäft löst bei uns keine Begeisterungstürme aus. Die Kredite sind alternativlos. Wir stimmen entsprechend zu. Unserer Fraktion ist es sehr wichtig, dass wir optimale Rahmenbedingungen in den Schulen haben, dazu gehört

eine funktionierende und gute Schulinformatikplattform, die unsere Kinder im wahrsten Sinn des Wortes auf die Zukunft vorbereiten kann. Wir nehmen den Antrag der SBK-Minderheit sowie die Anträge 2 und 3 der SVP an. Den Antrag 4 SVP lehnen wir ab. Man kann uns vorwerfen, dass das semantische Wortklauberei ist, aber in den Augen unserer Fraktionen soll generell auf Experimente verzichtet werden. Generell soll keine inkompatible und unerprobte Software eingesetzt werden. Dies aber einseitig auf Open Source zu fokussieren ist in den Augen unserer Fraktion nicht korrekt. Darum lehnen wir den Antrag ab. Zu den iPads: Man hört Geschichten – ich weiss nicht, ob diese wahr sind –, dass viele Lehrpersonen das iPad Pro zu Hause zum Netflix schauen brauchen und sonst für nichts. Das ist grenzwertig. Wir erwarten von den Lehrpersonen, dass sie bereit sind, ein solches Gerät zurückzugeben. Wir haben es schon gehört, die Stadt hat in der SBK zugesagt, dass man diese Geräte nachher auch anderweitig einsetzen könnte. Aber 110 Franken sind für ein Gerät – auch wenn es bereits gebraucht ist – angemessen. Es sind tatsächlich 110 Franken pro Gerät und nicht der Betrag, der einmal in der Zeitung stand. Es wäre nicht gut, die Geräte zu diesem Preis nicht zu kaufen. Wichtig ist aber auch zu erwähnen, dass die iPads eines Tages ersetzt werden müssen. Das ist definitiv der Zeitpunkt, um andere Geräte zu evaluieren. Für sehr viele Anwendungen im schulischen Bereich braucht es kein High-End-Apple-Gerät. Noch ein letzter Satz in Richtung der zuständigen Gemeinderätin: Es ist teilweise mühsig in den Medien lesen zu müssen, dass schulterzuckend – das habe ich so gelesen – gesagt wird, dass es doch normal sei, dass IT-Projekte teurer werden als ursprünglich geplant. So rechtfertigt man bereits das nächste IT-Projekt und die vermeintliche Tatsache, dass es ja normal sei, dass IT-Projekte immer teurer werden. Vielleicht kriegen wir dieses Mal ein Pilotversuch oder ein Leuchtturmprojekt der Stadt Bern hin, indem wir ein IT-Projekt durchführen, das nicht teurer wird. Denn diese Projekte müssen nicht zwingend immer teurer werden.

Manuel C. Widmer (GFL) für die Fraktion: Es ist ein wenig Ironie des Schicksals und gleichzeitig wenig überraschend, dass ich mein letztes Votum im Stadtrat zum Thema base4kids beziehungsweise KIT23 halte. Ich finde einfach wichtig, dass Sie hier auch noch die Stimme der Lehrpersonen hören. Dies einerseits in Form eines Primarlehrers, der von Anfang an täglich mit dem Projekt konfrontiert war und damit arbeitet, andererseits aber auch als Präsident von Bildung Bern der Stadt Bern. Als Vertreter der Lehrpersonen sage ich hier zwei oder drei Sachen dazu. Barbara Keller und auch Sarah Rubin haben gesagt, die Angst, die im Zusatzantrag der SBK-Minderheit steckt, sei unbegründet. Trotzdem möchte ich Sie bitten, diesen Antrag anzunehmen. Es gibt keinen anderen Inhalt bei base4kids, der mehr diskutiert wurde als die verpasste Einbindung von Lehrpersonen, von Schülerinnen und Schülern beim Design des ersten base4kids-Projekts. Alle diese Berichte, die Sie gelesen haben, befassen sich vornehmlich damit, dass man an den Leuten, die damit arbeiten, vorbeigeplant beziehungsweise diese nicht genügend miteinbezogen hat. Auch in diesem Vortrag – und genau darum finde ich den Antrag wichtig – steht zwar die Userzentrierung geschrieben, aber sie steht nur bei einem Punkt. Sie fehlt bei der Architektur, der Struktur, beim Design und bei der Struktur der Ablage. Sie fehlt auch bei der Software-Beschaffung. Und genau dort ist es ebenso wichtig, dass Schülerinnen und Schüler sowie wir Lehrpersonen und die Verantwortlichen für Medien und Informatik an der Schule miteinbezogen werden. Dies in einem Mass, damit am Schluss ein Produkt entsteht, womit wir alle gerne arbeiten. Man kann der Meinung sein, dass der Antrag keinen weiteren Gewinn bringt. Das ist aus meiner Sicht nicht der Fall. Er bringt insofern einen weiteren Gewinn, weil er genau die Punkte, die in den verschiedenen Berichten moniert wurden,

für den ganzen Vortrag festschreibt. Die Verwaltung wehrt sich nicht gegen den Antrag. Aber sie muss sich anschliessend daran messen lassen. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie hier auf die Stimme der Lehrpersonen hören würden und Ihre Zusage geben, dass Sie uns helfen, indem Sie den Zusatzantrag, der weder mehr kostet noch mehr Aufwand generiert. Mit der Annahme geben Sie uns die Sicherheit, dass KIT23 user-zentriert herauskommt, damit wir jeden Tag mit Freude damit arbeiten können. Merci, dass Sie diesen Zusatzantrag – auch wenn Sie ihn kritisch beurteilen – annehmen. Merci, dass Sie den Lehrerinnen und Lehrern das Vertrauen geben, dass auch der Stadtrat dahintersteht, dass diejenigen, die es am Schluss brauchen müssen, ins Zentrum gestellt werden.

Sarah Rubin (GB): Ich möchte Manuel C. Widmer kurz etwas entgegenen: Wie erwähnt bin ich auch Lehrperson und finde es gut, dass Sie die Stimme der Lehrpersonen einnehmen, Sie können aber nicht für alle sprechen. Ich persönlich bin anderer Meinung und habe diese vorhin erwähnt. Ich bin auch eine Stimme für Lehrpersonen, es hat sicher auch noch andere Lehrpersonen im Rat.

Franziska Teuscher (GB) Direktorin BSS: Ich danke Fuat Köçer für die Vorstellung dieser Vorlage und Ihnen für Ihre Voten. Ich freue mich, dass Sie das Geschäft auch kritisch anschauen – man muss jedes Geschäft kritisch anschauen – und ihm trotzdem zustimmen wollen. Es geht hier technisch um zwei Kreditgeschäfte. Inhaltlich geht es darum, dass wir in die Bildung in den Schulen und auch in die Zukunft investieren wollen, das kostet bekanntlich Geld. Wir machen das bereits und sind mittlerweile gut unterwegs. Die Schulinformatikplattform ist eine Daueraufgabe und wird eine Daueraufgabe für die Stadt Bern bleiben. Also Sie können nicht davon ausgehen – und ich hoffe, das wissen Sie –, dass das der letzte Kredit sein wird, den wir Ihnen hier für die Schulinformatik vorlegen werden. Der Gemeinderat, der Stadtrat und wahrscheinlich auch die Stimmbewölkerung werden sich in regelmässigen Abständen wieder mit Krediten für die Plattform beschäftigen müssen. Aber die Schulinformatikplattform ist bildungspolitisch, finanz- und digitalpolitisch von grosser Bedeutung für die Stadt Bern. Und darum müssen und wollen wir hier finanzielle Mittel investieren. Bei diesen zwei Kreditvorlagen ist es meine Absicht, dass wir den Weg, den wir mit der Neustrukturierung von base4kids 2021 eingeschlagen haben, weiter fortsetzen. Ich denke, das ist im Interesse von allen, insbesondere der Schüler*innen und Lehrpersonen. Es geht darum, dass wir organisatorisch mit genügend internen und externen Ressourcen ausgerüstet sind und, dass wir den starken Einbezug der Praxis und der Politik weiterverfolgen. Technisch und pädagogisch geht es darum, dass wir die Weiterentwicklung der Software und der Hardware aufgleisen. Kommunikativ wollen wir regelmässig adressat*innengerecht allen Beteiligten die wichtigsten Informationen zukommen lassen. Alle sollen wissen, was der Stand der Umsetzung ist. Finanziell wollen wir eine engmaschige Begleitung des ganzen Projekts. Fuat Köçer hat es ausgeführt und Sie sind darauf eingegangen. Es geht um zwei Kredite, einen Investitions- und einen Projektierungskredit. Der Gemeinderat legt sie Ihnen zusammen vor, das haben wir bewusst so gemacht. Der Stadtrat soll zum einen Transparenz darüber haben, was kurzfristig bis 2025 passiert und wie die Weiterentwicklung ab Schuljahr 2025/26 aufgleist werden soll. Ich gehe gerne auf einzelne Punkte kurz ein. Fuat Köçer hat es gesagt, die Reserven im Projektierungskredit haben zu reden gegeben. In der SBK wurde die Frage aufgeworfen, wofür diese gebraucht werden. Sie haben es vom Kommissionsprecher gehört, der Kredit ist gedacht für die Reparatur und den Ersatz von defekten Geräten. Sie können sich wohl alle gut vorstellen, dass der Verschleiss der Geräte in den Schulen etwas

höher ausfällt als zum Beispiel bei uns in den Büros. Die Praxis und die Nutzer*innen-gerechtigkeit sind Kernelemente dieser beiden Kreditanträge. Sie werden im Stadtratsvortrag breit abgehandelt. Die Behauptung, dass wir das nur am Rand erwähnen, weise ich natürlich zurück. Ich bitte alle, die das selber nachlesen wollen, die Seite 12 des Stadtratsvortrags aufzuschlagen. Dort steht unter dem Kapitel 5.3: «Die Mitarbeit der Nutzer*innen erfolgt direkt in den Projekten und über verschiedene Soundingboards (Schüler*innen, Lehrpersonen, Spezialist*innen für Medien und Informatik sowie SBK-Begleitgruppe)». Also Sie sehen, das ist ein Grundsatz, der für alle Projekte gilt. Deshalb ist der Minderheitsantrag SBK nicht nötig. Mehr, als wir da geschrieben haben, können wir eigentlich nicht schreiben. Zu den anderen SVP-Anträgen: Ich bitte Sie, diese ebenfalls abzulehnen. Ich finde es komisch, wenn man die Anträge 2 und 3 zur Annahme empfiehlt. Es geht genau darum, dass die Politik denjenigen, die die Plattform weiterentwickeln sollen, dazu Vorgaben macht, was sie umsetzen müssen. Weiter wird gesagt, dass man zum Beispiel gängige IT-Produkte verwenden soll. Wer sagt Ihnen bereits heute, welches in Zukunft die gängigen Produkte sein werden? Wer sagt Ihnen, dass die Nutzerinnen und Nutzer, die wir alle ins Zentrum stellen, genau diesen Grundsatz dann so umsetzen wollen. Ich finde, dort muss man offen sein. Der Stadtrat muss offen sein und Vertrauen haben, dass die Nutzerinnen und Nutzer, die internen und externen Fachleute, die Begleitgruppe des Stadtrats das hier verfolgen und im Interesse der Nutzerinnen und Nutzer die besten Lösungen gesucht werden, die Ihnen in einem weiteren Kredit vorgeschlagen werden. Darum bitte ich Sie, die Anträge der SVP abzulehnen. Sie erinnern sich sicher an folgende Punkte: der Einbezug der Nutzerinnen und Nutzer, die Praxisgerechtigkeit, die professionelle Projektorganisation, die notwendigen Ressourcen und die enge Zusammenarbeit innerhalb der städtischen Dienststellen. Das sind die Hauptforderungen aus den verschiedenen Berichten, die es zu base4kids gab. Diese Hauptforderungen werden alle im vorliegenden Geschäft ausgeführt und in dem Sinne auch bereits jetzt zu einem Teil schon umgesetzt.

Ich sage noch gerne etwas zu den geleasteten Geräten: Das ist alles andere als eine Verlegenheitslösung, wie es gewisse Leute offenbar in die Welt setzen möchten. Es handelt sich dabei um eine sehr sinnvolle und gewünschte Lösung. Auch bei dieser Lösung hat man die Lehrpersonen nicht links liegen gelassen. Auch bei dieser Lösung haben wir die Lehrpersonen miteinbezogen. Es ist selbstverständlich klar, dass wir die Geräte, die in den Schulen nicht gebraucht werden, einziehen. Wir werden das – sofern der Stadtrat dem Geschäft heute zustimmt – auch sofort aufgleisen, weil wir diese Geräte weiter brauchen können und wollen. Medial warf das Thema rund um die Kosten Wellen. In den mehrfach erwähnten Berichten wurde aber festgehalten, dass die Professionalisierung der Projektorganisation und das eingekaufte Fachwissen am meisten Geld kosten. Das geht nicht gratis. Das ist zum Glück in Ihren Voten hier nicht so kritisch dahergekommen wie im Zeitungsartikel. Es ist klar, der Stadtrat, die Schulen und der Gemeinderat stellen hohe Anforderungen. Wir stellen zu Recht hohe Anforderungen an den Einbezug der Nutzerinnen und Nutzer, das braucht zusätzliche Gelder. Deshalb wäre es eigentlich ein Alptraum, wenn wir diese Gelder hier nicht beantragen würden. Zudem wird es in Zukunft weiterhin viel Gelder geben. Sie oder wir alle dürfen nicht vergessen, dass die Schulinformatikplattform das grösste IT-Projekt ist, das wir in dieser Stadt Bern haben. Wir haben rund 1 500 Lehrpersonen als Nutzerinnen und Nutzer und über 10 000 Schüler*innen und Jugendliche, die das brauchen. Zur Frage bezüglich Personals möchte ich noch sagen, dass wir selbstverständlich intern zusätzliches Personal benötigen. Da bin ich auch sehr froh, dass wir diese Stellen beim Schulamt besetzen konnten. Es ist in diesem Bereich mit dem Fachkräftemangel eine Herausforderung. Die Personen, die wir dauerhaft brauchen, um unsere Leistungen erbringen zu

können, stellen wir an. Wir sind aber natürlich auch auf fachspezifisches Wissen oder aufgrund gewisser befristeter Projekte auf zusätzliche externe Leute angewiesen, diese Leute stellen wir auf Mandatsbasis an. Und nein, Tom Berger, ich bin nicht der Meinung, dass jedes IT-Projekt mehr Kosten verursacht, da haben Sie meine Aussage falsch verstanden. Ich habe lediglich gesagt, dass es logisch ist, dass heutzutage langfristige IT-Projekte auch zusätzliche Kosten verursachen, weil die Entwicklung fortschreitet. Die Anforderungen an Projekte werden grösser und – das ist auch ein Fakt – IT-Leute sind gesucht und können auf dem Markt hohe Löhne verlangen. Das sind nicht alle Faktoren, die wir zu Beginn des Projektes, als wir es gerechnet haben, umsetzen konnten. Aber ich kann Ihnen versichern und erzähle Ihnen gerne, dass wir diverse IT-Projekte auch bei uns in der BSS hatten, die innerhalb des Kreditrahmens abgeschlossen werden konnten. Mein Ziel ist, dass wir das auch in Zukunft machen können. Aber ich glaube, wir müssen alle auch realistisch sein, gerade bei einer Schulinformatik. Die Ansprüche der Nutzerinnen und Nutzer werden nicht kleiner, sondern fortlaufend grösser. Wenn wir die Nutzerinnen und Nutzer auf die geplante Weise einbeziehen wollen, wird das halt auch einiges kosten.

Ich komme zum Schluss: Das vorliegende Geschäft mit diesen zwei Kreditanträgen ist wirtschaftlich, weil wir den Rückkauf der Geräte zu günstigen Konditionen abwickeln können. Er ist ökologisch, weil es wirklich nicht sinnvoll wäre, funktionierende Geräte einfach auszumustern. Er zeigt die strategische Perspektive auf, in welche Richtung wir die Plattform weiterentwickeln wollen. Wir haben eine Programmorganisation, die die Ausführungen und Empfehlungen aus den verschiedenen Berichten mitberücksichtigt. Wir haben externe Fachleute, die uns das Wissen, das uns innerhalb der Verwaltung nicht zur Verfügung steht, liefern. Wir haben innerhalb der Verwaltung die neuen Instrumente mit dem Pool der Digital-Fachleute bei Digital Stadt Bern, die wir nutzen können. Des Weiteren können wir mit dem Geschäft und dieser Projektorganisation der rasanten Entwicklung, die in der Digitalisierung und auch in der Schule stattfindet, Rechnung tragen, indem wir mit der jetzigen Aufgleisung auch genügend Zeit haben, um die Nachfolgelösung für die nächste Plattform aufgleisen zu können. Wichtig ist auch hier, dass wir auf dem Vorhandenen aufbauen. Ich danke Ihnen für die Voten und für die Zustimmung zu diesen zwei Kreditanträgen.

Antrag

1.	SBK Minderheit	Die in Punkt 3.7.2 postulierte User-Zentrierung und der AnwenderInnen sind nicht auf die Hardware zu beschränken, sondern auf alle relevanten Punkte (Architektur, Struktur, Design, Ablage-Struktur, App- und Softwarebeschaffung usw.) auszuweiten. Nebst den Lehrpersonen und SMIs sind die Schülerinnen und Schüler in geeigneter Form mit einzubeziehen.
----	----------------	---

Abstimmung

2022.BSS.000055: Antrag 1 SBK Minderheit	
Ablehnung	
Ja	25
Nein	47
Enthalten	2
Namensliste 007	

Antrag

2.	SVP	Es sei sicher zu stellen, dass die Empfehlungen der AK und des Experten hinsichtlich IT berücksichtigt und umgesetzt werden.
----	-----	--

Abstimmung

2022.BSS.000055: Antrag 2 SVP

Ablehnung

Ja 17
Nein 58
Enthalten 0

[Namensliste 008](#)

Antrag

3.	SVP	Es sei sicher zu stellen, dass die Informatiklösung / Weiterentwicklung der IT vorab mit den gängigen IT-Produkten kompatibel ist.
----	-----	--

Abstimmung

2022.BSS.000055: Antrag 3 SVP

Ablehnung

Ja 17
Nein 58
Enthalten 0

[Namensliste 009](#)

Antrag

4.	SVP	Auf nicht kompatible und erprobte Open Source Lösungen sei zu verzichten. Es sei auf Experimente zu verzichten.
----	-----	---

Abstimmung

2022.BSS.000055: Antrag 4 SVP

Ablehnung

Ja 8
Nein 67
Enthalten 0

[Namensliste 010](#)

Abstimmung

2022.BSS.000055

Annahme

Ja 68
Nein 4
Enthalten 3

[Namensliste 011](#)

Präsident: Bevor wir zu den Traktanden 13 und 14 kommen, möchte ich gerne noch einschieben, was ich zu Beginn der Sitzung vergessen habe zu sagen. Ich möchte kurz die von uns per 1. Januar 2023 beschlossenen Änderungen aufzeigen, damit wir alle auf dem gleichen Stand sind bezüglich der neuen GRSR-Revision über Abschreibungen und Motionen sowie Fristverlängerungen: Abschreibungen von Motionen und Fristver-

längerungen können die vorberatenden Kommissionen neu direkt abschliessend entscheiden, wenn keine Gegenstimme dazu abgegeben wird. Das heisst, dass wir diese künftig nicht mehr traktandieren müssen, wenn es in der Kommission keine Gegenstimme gab. Wir haben ebenfalls neue Redezeiten: Für Einreichende von Vorstössen beträgt die Redezeit neu acht anstatt zehn Minuten. Auch für Kommissionsprechende und Mitglieder des Gemeinderats wurden die Redezeiten angepasst, sie erhalten neu noch zehn Minuten anstatt 15 Minuten. Für neue Kommissionsanträge beträgt die Sprechzeit für die Antragsbegründung fünf Minuten, dies gilt ebenfalls für die Minderheitsanträge aus den Kommissionen. Für andere Anträge, die nicht aus den Kommissionen kommen, gibt es künftig wie gesagt keine separate Redezeit pro Antrag mehr. Kleine Anfragen werden nicht mehr traktandiert und somit die Antworten nicht mehr am Rednerpult besprochen. Im Grundsatz gilt dies auch für die Interpellationen. Dazu muss gesagt werden, dass ein Ratsmitglied verlangen kann, dass eine Interpellation auf die Traktandenliste gesetzt wird. Dasselbe gilt für Begründungsberichte zu Richtlinienmotionen, dort braucht es aber neu elf Stadtratsmitglieder, um einen Begründungsbericht zu Richtlinienmotionen künftig im Rat behandeln zu lassen. Das sind aus meiner Sicht die wichtigsten Änderungen, die uns direkt ab sofort im Ratsbetriebsalltag betreffen.

- Die Traktanden 13 und 14 werden gemeinsam behandelt. –

2022.SR.000169

13 Dringliche Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz/Kurt Rügsegger, SVP): Stadt Bern und EWB: Günstige Strom- und Gaspreise für alle, die das wollen! Es braucht dafür eine sofortige Reglementsänderung!

Alexander Feuz (SVP) für die Einreichenden und für die Fraktion: Ich spreche hier zur Motion und halte in einem kurzen Teil auch das Fraktionsvotum. Eine Vorbemerkung. Das Problem sehen wir beide, die Motionäre Kurt Rügsegger und ich, einerseits von unserer Motion wie auch das des dringlichen Postulats. Die hohen Gaspreise sind effektiv ein Problem. Aber es gibt zwei einfache, zweckmässige Lösungen. Der Gemeinderat ist bekanntlich Hauptaktionär bei ewb. Wir verlangen, dass er dafür zu sorgen habe, dass eine Änderung der entsprechenden Reglemente vorgenommen wird und, dass neu vorgesehen wird, dass ewb immer – und das ist entscheidend – das günstigste Gasprodukt einkauft und dem Gasbezüger stets das günstigste Produkt ohne Zuschlag von teuren Zusätzen wie Bio und/oder anderen Stoffen verrechnet wird. Das ist eigentlich die Lösung: Derjenige, der nicht viel Geld hat, soll das günstigste Produkt wählen können. Ich rufe Ihnen in Erinnerung, dass wenn jemand Anspruch auf unentgeltliche Prozessführung hat, und er ist bei der teuersten Krankenkasse, sagt ihm das Gericht, dass er zur Günstigen wechseln muss und nicht beim teuersten Produkt bleiben kann. Das ist eine Selbstverständlichkeit. Es kann nicht sein, dass der Steuerzahler nachher – wie im Vorstoss 14 verlangt wird – das teurere Produkt bezahlen muss. Dann sind wir in Schilda, wenn der Steuerzahler dem anderen das teurere Produkt bezahlen muss. Das kann nicht sein, das ist ungerecht. Schauen Sie den zweiten Punkt unseres Vorstosses an: Der Gemeinderat habe als Hauptaktionär von ewb dafür zu sorgen, dass eine Änderung der entsprechenden Reglemente vorgenommen wird und, dass neu vorgesehen wird, dass Gasbezüger beim Abschluss aber auch bei den Rechnungen klar und deutlich darauf eingewiesen werden. Das ist mir wichtig: Häufig wissen das die Leute nicht. Ich habe einmal einen Vorstoss dazu gemacht und viele Leute haben sich bei mir bedankt und gesagt, dass sie es aufgrund dessen gemerkt haben, vorher hätten

sie das nicht gewusst. Das ist genau das Problem. Wenn man es nicht weiss, dann lässt man es immer weiterlaufen. Das ist genau wie bei der Krankenkasse. Wenn man nicht weiss, dass es teure und günstigere Kassen gibt, bleibt alles beim Gleichen. Darum sollte man das eben alles genau anschauen. Der dritte Antrag verlangt, dass der Gemeinderat als Hauptaktionär von ewb dafür zu sorgen habe, dass eine Änderung der entsprechenden Reglemente vorgenommen wird und, dass neu vorgesehen wird, dass ewb immer den günstigsten Strom einkauft und den Strombezügern immer das günstigste Produkt, zum Beispiel ohne Naturstrom, verrechnet wird. Ewb – das ist wieder ein Zielkonflikt – kann natürlich nur noch Bio-Strom einkaufen, weil damit irgendein supergrünes Label erreicht wird für den Nationalratswahlkampf gewisser Leute, dafür ist das dann vielleicht gut. Aber bezahlen muss der Steuerzahler. Das wollen wir verhindern, um das geht es uns. Man kann nun abschätzen, ob es wichtiger ist, dass ewb möglichst viel Geld erhält oder ob man schauen sollte, dass die Leute mit wenig Einkommen das günstigste Produkt erhalten. Das Ganze ist eine einfache Milchmädchenrechnung: Es kommt bei allen genau das Gleiche aus den Stromdosen. Die einen erhalten nachher noch etwas mehr von der Stadt und werden quersubventioniert. Das ist eine Schildbürgerübung! Es ist der Stadt unwürdig, dass wir mehr oder weniger wie ein Perpetuum-Mobile mit dem eigenen Geld ewb noch mehr Geld nachwerfen müssen. Das ist völlig verquer. Zum Punkt 4: Der Gemeinderat habe als Hauptaktionär von ewb dafür zu sorgen, dass eine Änderung der entsprechenden Reglemente vorgenommen wird. Neu vorgesehen wird, dass Strombezüger beim Abschluss aber auch bei den Rechnungen klar und deutlich auf das Bestehen des günstigen Produktes sowie entsprechende Kündigungsmöglichkeiten hingewiesen werden. Ich habe mir die Sache selber angeschaut. Man kann das im Kleingedruckten machen, wo es kaum lesbar ist, weil man von Seiten ewb und Stadt ein Interesse hat, dass die Leute ein möglichst teures Produkt haben und ewb möglichst viel Geld bekommt. Oder man kann das eben klipp und klar machen, damit es wirklich jeder begreift und versteht. Sie haben überall Sprachkurse, beispielsweise für Albanisch, da sind Sie genau. Aber wenn es um so etwas geht, bei dem die Stadt Bern oder ewb vielleicht ein bisschen weniger einnehmen, dort sind Sie weniger genau. Deshalb sind wir der Meinung, dass unsere Motion jedem hilft, das günstigste Produkt zu erhalten. Man soll sich nicht mit einem grünen Label irgend an einer Konferenz brüsten gehen und grünen Champagner trinken. Nein, es geht hier darum, Nägel mit Köpfen zu machen. Das ist die Lösung, die wir von der SVP präsentieren. Es steht nichts von Russland drin. Es geht darum, günstigere Produkte zu machen. Das ist unsere Aufgabe. Unsere Aufgabe ist es nicht, als Energiehändler zu spekulieren und möglichst viel Umsatz und Gewinn zu machen. Es geht darum, günstigen Strom und Gas anbieten zu können. Das sind unsere Lösungen. Das war mein Teil, den zweiten Teil des Votums wird anschliessend Thomas Glauser halten.

Diskussion siehe Traktandum 14.

2022.SR.000170

14 Dringliches Postulat Fraktion GFL/EVP (Francesca Chukwunyere, GFL/Marcel Wüthrich, GFL/Therese Streit, EVP): Soziale Abfederung der hohen Gaspreise für besonders betroffene Haushalte

Marcel Wüthrich (GFL) für die Einreichenden und für die Fraktion: Zuerst eine Vorbemerkung: Ich muss es wieder einmal sagen, wir leben einfach über unsere Verhältnisse.

Der ökologische Fussabdruck, gemäss dem wir circa drei Planeten bräuchten, statt einem, spricht Bände.

Wir haben eine Preisentwicklung bei der Energie, die über Jahrzehnte geringer war als die allgemeine Preissteigerung gemäss dem Landesindex der Konsumentenpreise. Energie, insbesondere für Strom und Gas, meine ich da. Das ist eine fatale Entwicklung, die zu Überkonsum verleitet, insbesondere auf Kosten der Natur. Nicht nachhaltige Entwicklungen und zu schnelles und starkes Wachstum war die Losung der letzten Jahrzehnte. Wir müssen uns darum nicht wundern, wenn wir als Stadt jetzt plötzlich mit sprunghaften Entwicklungen wegen externen Einflüssen konfrontiert sind, die wir als Stadt nicht beeinflussen können. Das sind genau die Punkte, die wir als Grüne – übrigens auch die EVP – schon seit Jahrzehnten anmahnen. Heute sind die Energiepreise von fossilen Energieträgern betroffen. Morgen sind es vielleicht die Aktienkurse der nicht nachhaltigen Investitionen, unter denen die Pensionskasse leiden würden. Und damit komme ich zu unserem Postulat: Wer wenig verdient, kann auch am wenigsten etwas für die steigenden Energiepreise. Ich meine nicht nur Gas, sondern wie wir heute wissen, ist auch die Fernwärme davon betroffen. Die soziale Dimension haben wir im Text des Postulats bereits beschrieben. Dort spielen insbesondere auch die steigenden Mietnebenkosten eine grosse Rolle. Wir sind überzeugt, dass die Mieterinnen und Mieter, die Gas beziehen und finanziell nicht auf Rosen gebettet sind, unbürokratische Hilfe nötig haben. Wir glauben, dass wir mit dem Weg über Direktzahlungen als Stadt, die an die Krankenkassenprämienverbilligungen gekoppelt sind, eine soziale Abfederung der hohen Gaspreise erreichen können. Unser Postulat schlägt eine im Vollzug einfache Lösung vor. Grundsätzlich sollten sich aber alle auf höhere Energiepreise einstellen und darum ist es auch ganz wichtig, dass allfällige Massnahmen befristet werden.

Im Moment beobachten wir glücklicherweise Entspannung auf dem Energiemarkt mit sinkenden Energiepreisen. Eine Mangellage ist nicht mehr sofort absehbar. Das sah zum Zeitpunkt der Einreichung unseres Postulats Ende Oktober des letzten Jahres aber noch ganz anders aus. Und darum wollen wir auch sagen, dass der Vorstoss, den wir präsentieren, nicht nur für diesen Winter gilt, sondern auch im Hinblick auf den nächsten Winter relevant ist. Ja, es ist ein Postulat und damit ein Prüfauftrag. Es ist in dem Sinn ein Vorstoss, der auch als vorausschauendes Krisenmanagement gedacht ist. Wenn dann am Schluss Direktzahlungen nicht nötig sein sollten, weil das Ausmass nicht die nötigen Dimensionen angenommen hat, umso besser.

Ich hänge noch das Fraktionsvotum an: Selbstverständlich stimmen wir unserem Vorstoss zu. Die gleichzeitig traktandierete SVP-Motion widerspricht unseren Vorstellungen aber diametral. Zuerst danken wir dem Gemeinderat für seine substantielle Antwort zu dieser Motion. Wir teilen die Einschätzung, dass wenn wir uns den Klimaschutz und auch unser verabschiedetes Klimareglement vor Augen führen, es nicht sein kann, dass ewb ausgerechnet das jeweils ökologisch tiefst wertige Produkt als Standardprodukt anbieten müsste. Wenn wir uns die Vorstösse der SVP etwas vergegenwärtigen – und zwar nicht nur den gerade behandelten Vorstoss, sondern auch jene auf kantonaler und nationaler Ebene – kann man ein bisschen zugespitzt sagen, der SVP gehe es darum, dass sie möglichst so viel Energie konsumieren will, wie es ihr passt und es deshalb eine maximale Energieproduktion zu den tiefst möglichen Preisen braucht und das auch noch rund um die Uhr. Das ganze selbstverständlich ohne Rücksicht auf die natürlichen Ressourcen auf unserem Planeten. Wir sind einverstanden, wenn man sagen würde, dass das günstigste Produkt angeboten werden soll, aber sicher erst dann, wenn auch die externen Kosten miteinbezogen werden. Wir können sehr gut verstehen, liebe SVP, wenn Sie als konservative Partei möchten, dass alles so bleibt wie es ist. Leider bleibt mit dem von Ihnen vorgeschlagenen Weg nicht alles, wie es ist, weil Sie weiterhin nicht

nachhaltige und auf Kurzfristigkeit bedachte Wege propagieren. Damit schliesst sich der Kreis zum Anfang meines Votums. Die GFL/EVP-Fraktion lehnt die Motion der SVP entschieden ab und stimmt unserem eigenen Postulat zu.

Johannes Wartenweiler (SP) für die Fraktion: Wir nehmen zu diesen beiden Vorstössen als SP/JUSO-Fraktion wie folgt Stellung: Der Vorstoss der SVP ist für uns Propaganda pur. In ihrer Logik darf die Energie nichts kosten und wenn sie kostet, dann bitte so wenig wie möglich. Mit einer frivolen Mischung von bewusstem Verleugnen der Klimakrise und einem absurden Plädoyer für neue AKW macht sich die SVP sowieso in allen energiepolitischen Fragen unglaubwürdig und das wird dann auch noch ihr eigener Bundesrat merken.

Zu den Argumenten des Gemeinderats: Auf Governance zu verweisen ist beliebt und nicht falsch, aber wenn die Politik das anders will, ist Governance nur eine Worthülse. Aber es ist tatsächlich nicht die Aufgabe des Stadtrats, die Tarifpolitik von ewb zu bestimmen. Die klimapolitische Ausrichtung der Stadt Bern muss auch von ewb mitgetragen werden. Wenn also die Politik auf eine Reduzierung von CO₂ hinarbeitet, dann darf das nicht an den städtischen Energiewerken vorbeigehen. Entsprechende Massnahmen hat ewb auch eingeleitet. Dazu gehört der Biogasanteil und der Anteil von Solarstrom am Energiemix, diesen Pfad gilt es weiter zu verfolgen. Und im Übrigen können sich die Konsumenten – die SVP hält ja die Selbstverantwortung des Einzelnen besonders hoch – auf der Webseite von ewb über die geltenden Tarife schlau machen und das für sie angemessene Angebot selber auswählen. Es wird auch dann nicht das Billigste sein, das theoretisch auf dem Markt möglich ist, weil das nicht die Politik dieser Stadt ist. Es wird auch dann nicht die Politik sein, wenn die SVP zetert. Klimaschutz hat ihren Preis, deswegen hier – und ich zitiere Alexander Feuz - «ein klares Nein von unserer Seite.»

Hingegen unterstützen wir das GFL/EVP-Postulat zur Abfederung der hohen Gaspreise im Grundsatz, so wie das auch der Gemeinderat macht. Allerdings haben wir dann schon noch ein paar Bemerkungen zur Umsetzung. Erstens, ob sich der Gaspreis und die Inflation wie im Postulat dargestellt entwickeln, ist offen. Das hat mein Vorredner auch schon gesagt. In der Tendenz gibt es aber bei beiden Faktoren Entlastung. Wir haben deswegen verzichtet, eigene Vorstösse in dieser Frage zu machen, zumal die Höhe des Problems erst mit einer gewissen Verzögerung abzuschätzen ist. Wir sind aber nicht dagegen zu intervenieren, wenn es eine Notwendigkeit gibt. Zweitens geht das Postulat von monatlichen Zusatzkosten von 26 Franken pro Durchschnitts-Haushalt – Viereinhalb-Zimmerwohnung, 10'000 Kilowattstunden pro Jahr – aus. Diesen ausgewiesenen Kosten stellt die GFL/EVP-Fraktion in ihrem Postulat eine Entlastung von 50 Franken pro Monat gegenüber. Dieser Betrag ist aus unserer Sicht nicht gerechtfertigt. Wir sind einverstanden, dass zusätzliche Heizkosten vergütet werden, bei denen, die das brauchen, nicht aber die allgemeine Teuerung und die steigenden Krankenkassenprämien. Das ist nicht die Aufgabe der Stadt. Drittens ist es heikel, den Kreis der Berechtigten mit dem Kreis der Berechtigten für Prämienverbilligungen gleichzusetzen. Es ist ein sehr grober Klotz, Prämienverbilligung als Indikator für Bedürftigkeit festzulegen. Er verzerrt die Realität. Die Kaufkraft leicht unterhalb dieser Schwelle ist vermutlich höher als knapp über dieser Schwelle. Wir sollten das Instrument deswegen nicht immer wieder für alle Arten von Vergünstigungen brauchen. Viertens – grob geschätzt – erhalten in der Stadt Bern zwischen 30 000 und 40 000 Personen Prämienverbilligungen. Die Zahl habe ich anteilmässig aus den Zahlen des Kantons herausgerechnet. Wenn, wie im Vorstoss formuliert, die Entlastung 50 Franken im Monat sein soll, dann gibt es etwa 1,5 Millionen Franken pro Monat oder 18 Millionen Franken pro

Jahr. Dieser Betrag ist approximativ und berücksichtigt weder Besonderheiten noch Einzelfälle. Ist sich die stets finanzbewusste GFL/EVP-Fraktion dieser Grössenordnung bewusst und ist sie bereit, auch in dieser Höhe zu intervenieren? Bitte! Ich verweise allerdings darauf, dass die Stadt finanzpolitisch eher in Kalamitäten steckt und nicht auf Rosen gebettet ist. Wir finden, dass eine notwendige Unterstützung individuell und spezifisch erfolgen sollte. Man könnte sich zum Beispiel bei einer zuständigen Stelle melden und mit Argumenten den Bedarf nachweisen. Die Unterstützung sollte auch nicht einfach auf Gas beschränkt sein, da auch die Preise für Fernwärme inzwischen deutlich gestiegen sind. Für ein solches Paket könnte der Stadtrat allenfalls einen Rahmenkredit bewilligen. Sechstens: Offen ist, ob ewb aus allfälligen Übergewinnen eine Art Rückerstattung leistet. Das aber ist wieder eine Frage, die nicht wir hier zu entscheiden haben. Insgesamt sind wir der Ansicht, dass der Gemeinderat beziehungsweise die zuständige Direktion sich Gedanken machen soll, wie die aktuellen Energiepreise bei Bedarf abgefedert werden können. Wir warten auf einen entsprechenden, gutbegründeten und gut umsetzbaren Antrag des Gemeinderats und nehmen deswegen das Postulat an.

Ursina Anderegg (GB) für die Fraktion: Bevor ich auf den Inhalt zu sprechen komme, muss ich kurz mit dem Ratsbüro schimpfen. Wir haben schon sehr oft von Seiten unserer Fraktion die Willkürlichkeit betreffend Dringlicherklärung von Vorstössen kritisiert. In diesem Fall ist es jetzt eine sehr absurde Situation. Zwei Wochen vorher wurden bereits zwei Vorstösse zum gleichen Thema mit denselben Forderungen wie in den vorliegenden Vorstössen parallel eingereicht. Die SVP hat es jetzt einfach so gemacht, dass sie beim zweiten Mal einen etwas anderen zweiten Vorstoss eingereicht hat. Das heisst, es sind nun zwei Vorstösse in der Pipeline und wir haben auch eine Motion eingereicht, mit der gleichen Dringlichkeitsbegründung wie das Postulat der GFL/EVP-Fraktion. Offenbar ist das aber nicht durchgekommen. An die Effizienz-Turbos: Das bedeutet nun, dass man jetzt halt einfach nochmals über das gleiche Thema reden werden muss. Vielleicht bringen wir es hin, dass wir alle vier Vorstösse gleichzeitig weiterbehandeln können, wenn es dann so weit ist.

Eigentlich wollen wir über das Thema reden. Das ist uns auch sehr wichtig, sonst hätten wir auch keinen Vorstoss dazu eingereicht und darum finden wir es auch super, dass wir heute wegen dieser Dringlicherklärung schon mal darüber reden. Es geht nämlich um einen weiteren Teuerungstreiber, vor allem zu Ungunsten von Menschen, die schon unter oder an der Armutsgrenze leben. Es geht um die gestiegenen Energiekosten. Ewb und der Gemeinderat haben im letzten Jahr aufgrund der sogenannten Strommangel-lage und dem Krieg in der Ukraine, die entsprechende Kapriolen an den Strom- und Gasmärkten verursacht haben, die Tarife für Gas und Strom angehoben. Nun kommt neuerdings auch noch die Fernwärme dazu. Letzten Herbst wurde angekündigt, dass die Energiekosten um etwa 20 Prozent steigen. Der Preisdruck ist zwar mittlerweile wieder ein bisschen gesunken, wie man vernehmen kann. Eine Rückentlastung für die individuellen Bezieher*innen scheint uns aber nicht in Sicht. Es zeichnet sich eher deutlich ab, dass Energiekonzerne zu Lasten der einzelnen Beziehenden Gewinne aus dieser ganzen Situation schlagen werden, was an sich schon sehr stossend ist. Was aber dann wirklich passiert und ob die Teuerungen dieser Tarife dann auch wirklich wieder zurückgehen, darauf sind wir sehr gespannt. Wir sind da eher pessimistisch. Die Mehrkosten, die in Bern durch die Tarifierhöhung entstanden sind, scheinen vielleicht auf den ersten Blick nicht wahnsinnig hoch, auch im Vergleich zu anderen Gemeinden, die es härter trifft. Aber zusammen mit der allgemeinen Teuerung, den steigenden Prämien etc. – das wurde heute auch schon besprochen – ist auch der eher kleine Betrag

für sehr viele Menschen sehr existenziell. Weniger Energie zu verbrauchen, muss grundsätzlich ein Ziel sein. Aber gerade was zum Beispiel Heizkosten anbelangt, ist es für viele sehr schwierig, da irgendwie anzusetzen, weil sie in ihren Haushalten keine individuelle Abrechnung bekommen. In diesen Fällen die Tarifierhöhungen mit Energiespartipps weiterzugeben, wie das ewb und Gemeinderat gemacht haben, hilft nur bedingt, die Erhöhung etwas abzufedern. Fachorganisationen wie zum Beispiel Caritas schlagen schon seit langem – mittlerweile etwa monatlich – Alarm betreffend die wachsende Armut in der Schweiz. Wir müssen leider die Zahl immer wieder wiederholen, auch da am Rednerpult. Die Situation ist extrem prekär und wird immer prekärer. In der Schweiz sind 1,3 Millionen Menschen von Armut bedroht und 720 000 Personen von Armut betroffen. Die Zahlen sind unglaublich erschreckend und wir alle sind mitverantwortlich, dass wir das mit jeglicher Vehemenz und allen Hebeln, die wir haben, bekämpfen. Auf Bundes- und Kantonsebene passiert unglaublich wenig. Auch jetzt in dieser ganzen Krisensituation wird die steigende Armut konsequent ignoriert. Die Betroffenen werden vermehrt ihrer Situation überlassen. Unser asozialer Kanton Bern, der als einziger Kanton zum Beispiel den Sozialhilfe-Grundbedarf seit über zehn Jahren um keinen einzigen Franken erhöht hat und sich seit langem um die SKOS-Empfehlungen foutiert, schaffte es sogar letzten Herbst, in dieser Situation, in der Sozialhilfe auf den Teuerungsausgleich zu verzichten. Wir müssen auch vermehrt den Fokus auf die vielen Menschen richten, die auch aufgrund der Gesetzeslage keinen oder einen erschwerten Zugang zur Sozialhilfe haben. Das ist gerade bei uns in der Stadt Bern der Fall. Wir sind als Stadt verpflichtet, dort, wo wir Hebel haben, Hebel auch dringend zu nutzen. Gerade bei den Energiepreisen haben wir einen Hebel. Wir sind als Stadt sogar mitverantwortlich für Tarifentwicklungen. Dort müssen wir jetzt dringend handeln, und zwar so schnell wie möglich. Wir haben darum in unsere Motion auch vorgeschlagen, dass die Massnahmen als Überbrückungshilfe ausgestaltet werden sollen. Wenn sich die Situation wieder beruhigt, kann man diese Massnahme wieder beenden. Das auch noch als Antwort auf die Vorbehalte seitens der SP/JUSO-Fraktion. Wir unterstützen darum das GFL/EVP-Postulat und bitten den Gemeinderat analog zu anderen Städten, möglichst schnell Massnahmen zu ergreifen. Über die Abfederungsmassnahmen für Armutsbetroffene und -bedrohte ist es uns zusätzlich wichtig, dass es auch Überbrückungsangebote für in der Existenz bedrohte KMU und Vereine gibt. Sie sind aufgrund der Coronakrise zum Teil schon existenziell bedroht und stehen an einer Grenze. Dort haben wir es auch geschafft, sie mit Überbrückungshilfe ein bisschen über Wasser zu halten. Für viele Quartiertreffs und Kulturlokale hat sich die Situation seit dem letzten Herbst nebst hohen Mieten auch wieder zugespitzt und sie kämpfen ebenfalls mit diesen Tarifierhöhungen und wir finden, dass wir als Stadt dort auch eine Lösung anbieten sollten.

Wir sind also auch gespannt auf die Antwort auf das Postulat und bitten den Gemeinderat, die vier Vorstösse zum Thema nach Möglichkeit als Gesamtpaket zu beantworten. Wir hoffen, dass Sie dem Postulat zustimmen. Den SVP-Vorstoss lehnen wir auch ab. Wir sehen das gleich wie der Gemeinderat: In Anbetracht des schiefen Weges, auf dem wir in der Stadt unterwegs sind, was die Erreichung unserer Klimaziele anbelangt, liegt es ganz sicher nicht drin, jetzt noch aktiv irgendwelche Rückschritte zu pushen. Das wäre sehr absurd, weil neben dem dringlichen Ziel, dass alle – Unternehmen wie auch Individuen - dringend weniger Energie verbrauchen müssen, muss es sicher auch unser Ziel sein, dass sich alle möglichst saubere Energie leisten können. Der Vorschlag der SVP geht völlig in die falsche Richtung und wir hoffen, dass das hier im Stadtrat allen klar ist.

Präsident: Eine andere kleine Nebenbemerkung aus dem Büro: Wir haben alle traktandierungsfähigen Vorstösse in diese Sektion eingebaut. Der Grund, warum gewisse Vorstösse jetzt nicht darauf gewesen sind, ist schlichtweg, weil sie noch nicht bereit zur Traktandierung waren.

Judith Schenk (GLP) für die Fraktion: Ich halte das Votum für die Fraktion GLP/JGLP zu den Traktanden 13 und 14. Die Motion der SVP lehnen wir ab. Die geforderten Reglementsänderungen würden einen viel zu tiefgreifenden Einschnitt in die organisatorische Trennung der Stadt Bern und ewb erfordern. Wir haben sehr lange über das Traktandum 14 diskutiert. Das Postulat liegt im klassischen Spannungsfeld für unsere Fraktion, zwischen sozialer Abfederung und konsequenter Klimapolitik. Wir haben uns zwischen Skylla und Charybdis aus nachfolgenden Gründen für Stimmfreigabe entschieden: Die Forderung, Haushalte in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen zu unterstützen, wenn die Energiepreise massiv gestiegen wären, unterstützen wir selbstverständlich. Wir sind aber auch sehr froh darüber, dass sich in der Schweiz die Energielage und die entsprechende Dringlichkeit zwischenzeitlich entspannt hat.

Die im Postulat erwähnte Infrastruktur der Krankenkassenprämienverbilligungen für die Vergütungen zu nutzen, ist oftmals sehr sinnvoll. Grundsätzlich sind Berechtigte einfach zu eruieren. Jedoch berechnen sich die Zahlen im Kanton Bern aufgrund der Steuerdaten des Vorjahres und über deren Volatilität der letzten drei Jahre muss ich Ihnen nichts erzählen. Es wird schwierig, wenn die Umsetzung dieses Postulats unbürokratisch bleiben soll. Ein grosses Fragezeichen hatten wir ebenfalls bezüglich der Tatsache, dass das Postulat nur auf Haushalte mit Gasheizungen abzielen scheint. Am schwerwiegendsten aber war für uns, dass das vorliegende Postulat ausschliesslich fossile Energieträger subventionieren will. Auch in dieser indirekten Form widerspricht das der GLP/JGLP-Strategie und zudem auch unserem städtischen Klimareglement. Dies gilt auch für das Traktandum 13.

Thomas Hofstetter (FDP) für die Fraktion: Zum Traktandum 13: Die Fraktion FDP/JF ist mit der Antwort des Gemeinderats zufrieden. Wir können die Argumente nachvollziehen und lehnen die Motion ab. Einzig die Tatsache, dass man nur einmal pro Jahr Gasprodukte mit einer Kündigungsfrist von 30 Tagen wechseln kann, finden wir nicht kundenorientiert und marktgerecht. Ich möchte darum beim Gemeinderat beliebt machen, dass er sich für ein kundenfreundliches Modell einsetzt. Zum Traktandum 14: Die Fraktion FDP/JF lehnt den Vorstoss ab. Auf den ersten Blick ist er zwar sympathisch, da Energiepreise Lebenshaltungskosten sind. Lebenshaltungskosten sind ausnahmslos von den einzelnen zu tragen. Der Vorstoss geht zu Lasten des Mittelstands beziehungsweise der Steuerzahlenden der Stadt Bern. Wie Marcel Wüthrich eingangs erwähnt hat, müssen Subventionen – bei den geforderten Heizkostenentlastungen handelt es sich um Subventionen und nicht um Direktzahlungen – allen Stadtbernern gleichermassen zugänglich sein. Gemäss Definition sind Subventionen wirtschaftspolitische Eingriffe ins Marktgeschehen, mit denen ein bestimmtes Verhalten der Marktteilnehmenden gefördert werden soll. In diesem Fall würde das heissen, dass der Verbrauch von Gas subventioniert und somit gefördert wird. Das kann nicht im Sinne unserer Klimaziele sein. So hebelt man den Ansatz zum Energiesparen aus. Tatsächlich bestätigen empirische Studien, dass Subventionen die Anpassungsfähigkeit der Subventionsbezüger senken. Es wird mehr Energie verwendet, um sicher zu stellen, dass Subventionszahlungen weiterhin fliessen. Obwohl der Gaspreis bereits wieder sinkt,

müssen wir uns darauf einstellen, dass die Energiepreise grundsätzlich höher sein werden. Somit besteht die Gefahr, dass die von den Einreichenden gewünschte befristete Periode zu einer unendlichen Periode wird.

Unsere Fraktion hat auch Bedenken gegenüber der Umsetzung dieses Postulats. Es besteht noch keine Datenbank, die Haushalte und Personen, die Anrecht auf Prämienverbilligung haben und in einer Mietwohnung wohnen, die mit Gas beheizt wird, festhält. Die Daten muss man zuerst einmal zusammentragen und verknüpfen. Damit das Ganze gerecht, fair, transparent, nachvollziehbar und plausibilisierbar umgesetzt werden kann, braucht es ein Informatikprojekt. Die Erfahrung der Stadt mit IT-Projekten ist ja nicht gerade berauschend. Darum scheint eine unbürokratische Umsetzung dieses Postulats nicht möglich. Auch für die Subventionsempfänger würde es einen administrativen Aufwand geben. Die Subventionen sind grundsätzlich steuerbar und müssen entsprechend in der Steuererklärung aufgeführt werden. Schlussendlich werden Haushalte, die knapp keine Prämienverbilligung und somit auch keine Abfederung bezüglich Gaspreises erhalten, wegen dem Schwelleneffekt doppelt bestraft. Sie haben am Ende weniger im Portemonnaie als die Subventionsempfangenden. Nicht alle wissen, dass Schwelleneffektsysteme inkohärent und ineffizient sind und Anreize setzen, im Unterstützungssystem zu bleiben. Fazit: Dieser Vorstoss ist wohlgemeint, hält aber einer genauen Prüfung nicht stand. Deshalb lehnen wir ihn ab.

Der Stadtrat unterbricht die Beratung der Traktanden 13 und 14 auf eine spätere Sitzung.

Verschobene Traktanden

Der Stadtrat verschiebt die Fortsetzung der Beratung der Traktanden 13 und 14 und die Beratung der folgenden Traktanden auf eine spätere Sitzung:

- 15 2022.SR.000175 Dringliche Motion David Böhner (AL), Valentina Achermann (SP), Anna Leissing (GB): Containersiedlung auf dem Viererfeld für alle ankommenden Asylbewerber*innen öffnen
- 16 2020.SR.000201 Motion Zora Schneider (PdA): Asylcamps sind keine Lösung! Menschenunwürdige Wartedauer und Isolation in den Kollektivunterkünften unter der Ägide der Stadt Bern abschaffen!
- 17 2016.SR.000008 Motion Fraktion GB/JA! (Seraina Patzen, JA!): Qualität der Asylunterkünfte in der Stadt Bern prüfen und verbessern; Abschreibung
- 18 2014.TVS.000217 Öffentliches Veloverleihsystem der Stadt Bern: Weiterbetrieb 2023 bis 2025 mit Zusatzauftrag betreffend vier periphere Standorte; Verpflichtungskredit
- 19 2014.TVS.000217 Nutzung des städtischen Veloverleihsystems durch die Mitarbeitenden der Stadtverwaltung (Juli 2023 bis Dezember 2025); Verpflichtungskredit und Nachkredit zum Globalbudget 2023 des Tiefbauamts
- 20 2018.SR.000146 Motion Eva Krattiger und Seraina Patzen (JA!) – übernommen durch Katharina Gallizzi (GB): Zugänglichkeit zum Veloverleihsystem gewährleisten!
- 21 2017.SR.000245 Motion Henri-Charles Beuchat (SVP) – übernommen durch Alexander Feuz (SVP): Oft selber schuld – Pilotversuch mit obligatorischem RFID Chip für jedes Velo in der Stadt Bern
- 22 2017.SR.000265 Motion Fraktion SP/JUSO (Ladina Kirchen/Michael Sutter, SP): Ausbau des Veloverleihsystems auf städtischem Gebiet

23 2018.SR.000265 Postulat Fraktion SP/JUSO (Peter Marbet, SP) – übernommen durch Ingrid Kissling-Näf (SP): Smart Mobility: Veloverleihsystem in öV-Tickets der Region Bern integrieren

Eingänge

Es werden folgende parlamentarische Vorstösse eingereicht und an den Gemeinderat weitergeleitet:

1. Postulat Fraktion GFL/EVP (Manuel C. Widmer, GFL/Therese Streit, EVP): Schulareal-Überwachung über- oder neu denken?
2. Postulat Fraktion GFL/EVP (Manuel C. Widmer, GFL/Francesca Chukwunyere, GFL): Kultur subventionieren, nicht Chefetagen
3. Kleine Anfrage Lukas Gutzwiller (GFL): Ist der Gemeinderat bereit, aus Ressourcengründen auf die Echoräume zur Klimastrategie zu verzichten?
4. Interfraktionelle Kleine Anfrage FDP/JF, Mitte, SVP (Ursula Stöckli, FDP/Sibyl Eigenmann, Mitte/Alexander Feuz, SVP): Einführung des Farbsacktrennsystems im Stadtteil Mattenhof-Weissenbühl
5. Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz/Thomas Glauser, SVP): Viererfeld Park: Wie lange ist der Park noch garantiert?
6. Kleine Anfrage Alexander Feuz und Thomas Glauser (SVP): Viererfeld Überbauung: rentiert die Zerstörung der wertvollen grünen Lunge? Wurden Abklärungen gemacht? Oder wird das Tafelsilber zerstört für einige wenige Privilegierte (1 %), die dann in den Genuss einer vergünstigten Wohnung kommen?
7. Interfraktionelle Kleine Anfrage SVP, FDP/JF, GLP/JGLP, Mitte (Alexander Feuz, SVP/Thomas Glauser, SVP/Simone Richner, FDP/Ursula Stöckli, FDP/Michael Ruefer, GLP/Claudio Righetti, Mitte): Dringendes Überdenken der Vergabekriterien bei städtischen Mietwohnungen: Wieso subventioniert die Stadt Personen, die sich Teilzeitarbeit leisten können? Was kostet den Steuerzahler diese ungerechte Subventionspraxis?
8. Kleine Anfrage Thomas Fuchs (SVP): Städtische Abstimmungen während Nationalratswahlen?
9. Kleine Anfrage Fraktion FDP/JF (Ursula Stöckli, FDP): Erhöhung der Liegenschaftssteuern – Fragen zur delegierten Klage der Stadt Bern

andere Eingänge:

10. Abänderungsantrag nach Art. 82 GRSS Fraktion GFL/EVP (Manuel C. Widmer, GFL/Tanja Miljanovic, GFL): Totalrevision des Geschäftsreglements GRSS

Schluss der Sitzung: 19.00 Uhr.

Namens des Stadtrats

Der Präsident

X

für das Protokoll

X

Michael Hoekstra

Christine Otis